



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

4 (24.1.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-252816](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-252816)

Nr. 4
Jahrg. 1

Offizielles Partei-Organ.
Das „Liederfranz“-Blatt erscheint wöchentlich und liefert eine Fülle von Neuigkeiten, Meldungen, Besprechungen und bei den Reichstagen, sowie beim Reichstag, Mannheim P. 5, 13a. — Zahlungen und Bestellungen sind an den Verleger, Postfach 111 Mannheim, zu richten. Druckort: 6125 Ludwigshafen.



Angaben: Die abgehaltene 20. Jahrgangssitzung der Redaktion des „Liederfranz“ am 12. Januar 1931. — Der Verkauf der Zeitung erfolgt durch den Verleger, Postfach 111 Mannheim, P. 5, 13a. — Zahlungen und Bestellungen sind an den Verleger, Postfach 111 Mannheim, zu richten. Druckort: 6125 Ludwigshafen.

Mannheim
24. Januar
1931

Das Die nationalsozialistische Zeitung der Bezirke Mannheim-Weinheim Liederfranz Banner

Kemmele beim Liederfranz.

Mannheim: Aus dem Geheimkabinett! Mißwirtschaft . . . Gott bewahre!
Fort mit den Doppelverdienern! — Leerlauf und Obstruktion im Stadtrat?!

Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen in Baden!

SPD., Zentrum und Reichsbanner

wollen nach ihren eigenen Erklärungen zum Gegenangriff gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung ausweichen. Die SPD. hat den Angriff bereits durch einen wohlorganisierten Lügenfeldzug mit einer Flut von Papier, Presse, Plakate, Flugblätter und Broschüren begonnen. Die Zentrumspartei will am 22. Januar den Kampf einleiten. Und das Reichsbanner soll nach den Wünschen der roten und schwarzen Schlawenhalter am 22. Februar „marschbereit“ sein. Die Parteien des Novemberverbrechens wollen sich also nicht gegen die Not und das Elend unseres Volkes, sondern gegen das erwachende Deutschland wenden. Zum wiederholten Male wollen sie den Dolch in den Rücken des um sein tägliches Brot ringenden Volkes stoßen. Nicht die Sammlung der Kräfte gegen Versailles, Young und gegen den Kapitalismus, sondern der Bürgerkrieg ist ihre Parole; der Kampf gegen den eigenen Bruder, der seine Freiheit will.

Nationalsozialisten!

Es ist Euer Verdienst, wenn unser Volk dem schwarz-roten Verderben nicht mehr wehrlos gegenüber steht. Ihr habt ein Recht stolz darauf zu sein, in der NSDAP. eine Waffe geschaffen zu haben, die unserem Freiheitswillen die Initiative ewig sichern und den Gegner tödlich treffen muß. Deshalb lachen wir über die Drohungen der rot-schwarzen Bürgerkriegspolitiker und sehen unseren Kampf mit gesteigerter Kraft und Heftigkeit fort.

Dreitausend Versammlungen

bis weit in das Frühjahr hinein sind allein für Baden vorbereitet.

Drei Zeitungen

— in Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim — rufen nunmehr zum Kampf um Freiheit und Brot. Andere werden folgen.

Millionen von Flugblätter

und Plakaten werden die Wahrheit unter den Massen unseres Volkes verkünden.

Fünftehtausend

organisierte Nationalsozialisten in Baden arbeiten und opfern für die Freiheitsbewegung.

Hunderttausende

werden mit uns und mit unserem Kampfe sein.

Nieder mit der Sklaverei! Es lebe die Freiheit!

Das ist die Antwort, die wir unseren Gegnern zu geben haben!

Robert Wagner.

Vor einigen Tagen beging der „Liederfranz“ Mannheim sein 75jähriges Jubiläum, zu dem u. a. Herr Minister Kemmele erschienen war. Im Namen der Staatsregierung gratulierte Herr Dr. Guth-Bender. Besonders herzlich waren die Glückwünsche der israelitischen Gemeinde durch Herrn D. Julius Moses, der die Personalunion zwischen den Führern des „Liederfranzes“ und der jüdischen Gemeinde hervorhob. Sicherem Vernehmen nach soll auch Herr Kemmele von den Gesangsdarbietungen befriedigt gewesen sein. Dagegen war die Polizei in Müllheim über den Gesang „Das Wandern ist des Müllers Lust“ in Gegenwart von Herrn Kemmele wenig erbauet. Es hagelte Geldstrafen bis zu 100.— pro Sänger.



Der Parteibonze vor Annahme des Youngplanes verspricht dem deutschen Volke „Erleichterungen“ und „Ankurbelung der Wirtschaft“. Heute beinahe 5 Millionen Erwerbslose! Regieren mit § 48!

Aus dem Inhalt:

Nationalsozialismus und Margismus vor dem Entscheidungskampf.
Rote Justiz, Fortsetzung.
Aus dem Mannheimer Gemeindegabinett.
Im Trommelfeuer der Berliner Journalle.
Die Oberbürgermeister-Villa.
Vom Weinheimer Rathaus.

Die sterbende Demokratie!

Motto: „Wenn es so weitergeht, wie in den letzten Wochen, dann endigt die Demokratie genau so, wie der Liberalismus in Italien abgetreten ist.“
Joseph Wirth in der Republ. Union.

Wir treten an das Sterbebett der Demokratie. Es steht irgendwo in Berlin, in München, in Karlsruhe — in irgendeinem Parlamentsgebäude, durch dessen weite Hallen das letzte Köcheln des Parlamentarismus kistert. Es ist ein Glück, daß das Parkett der Plenumsäle immer mit dicken Teppichen ausgelegt ist, sonst würden die Dielen beim Drüberhinschreiten ächzen. Schreiten — das ist zu elastisch, zu engselig — sagen wir wälzen: drüberhinwälzen. Die Parlamentarier sind den Nazis immer überlegen — an Gewicht, versteht sich. — In den Parlamenten wird immer geredet. Die Stimmen klingen blig, gut gefettet; man denkt an Lebertran. Der Appetit vergeht einem, so sehr kommt das aus dem Satten. Dieses Redenhalten wird sehr ernst genommen. Zum Beweis tragen die Redenden vollgepackte Aktentaschen. Wenn das Volk seine Parlamentarier so dargestellt sieht, dann verbindet sich mit dem Anblick der Begriffe: positive Arbeit. In Wahrheit sind in den Aktentaschen die Aufsichtsratspapiere. Das ist die Hauptsache; in das Parlament gehen sie, um Verteidigungsreden auf das System zu halten. Diesem System verdanken sie die Lantienem, die schönen, weichen Teppiche, ihre Körperfülle, alles. Man hat das Empfinden Froch im Pfuhl — ab und zu unkt er einmal, blinzelt und schwapp — häuft er in den Sumpf. — Aber es gibt auch disziplinierte Schmerzbüchse, geeignet in Regelvereinen feine Vorstandsmitglieder zu markieren, es gibt Streber, denen der Ehrgeiz zu den Knopflöchern herausquillt. Da sind einige, die im 20. Jahrhundert als Johannes den Wüstenprediger spielen wollten. Das hört sich alles wie ein Orchester an, auf dessen ausgeleiertem Mechanismus eine Walze abgeleiert wird, die schon vor 10 Jahren abgeleiert war. Die andern behaupten, das sei Arbeit in Potenz, mir kommt das vor wie Faulheit mit Methode und Geschäftsordnung. Keulich traf ich eine Volksvertreterin im Restaurant. Sie goß zwei doppelte Kirschwasser hinter die Binde. Ihrem verwunderten Genossen erklärte sie, „um das Bauchweh zu verschrecken, sie habe zweimal zu Mittag gegessen.“

Spieler, aber keine Revolutionäre, kein Schwung, kein Elan! Sie haben nur Beharrungsvermögen und dies in der unsympathischen Form der faulen, wohlgenährten Sechshaftigkeit. Aus dieser Perspektive proklamieren sie das Manifest von Ruhe und Ordnung und aalen sich im Schutze der Gummiknäppel und Legalität. Bei Gott, das Parlament ist ein Grab, in dem Revolutionen begraben wurden und in denen die Wirklichkeit verschlafen wird. Während draußen in den Gassen der Städte und in den Tälern des Landes ein Brodeln anhebt, unheilvoll, weil es der Notsschrei eines in seinen tiefsten Rechten beleidigten Volkes ist, treiben sie hinter Aktentischen Kummelspalterei. Die jüdische Journalle muß das Volk sachgemäß einfeisen und verkünden: Diese da seien Freunde des Volkes, Schützer des Staates — Republikaner.

Das alles haben wir einst geglaubt, als wir noch nato und jung in der Politik waren. Die Gummiknäppel haben uns zurechtgehämmert; das Finanzamt hat ein übriges getan. Und dann kamen wir an den ruhenden Bol der Demokratie, kamen dorthin, wo Ruhe und Ordnung, Tat und Weg ihren Anfang nehmen sollen. Was wir sahen, waren Menschen kleinbürgerlichen For-

mats, waren unscheinbare Egoisten, deren höchstes Erdenglück ein dufender Schweinebraten und ein blumiger Wein ist. Sonst nichts.

Da merkten wir, daß wir sie verachten mußten, das System und die daran verdienenden Menschen, daß unser Weg zum Volke, zum Werktätigen geht, der keine so feinen Allüren beim Essen hat, wie die Volksvertreter, dessen Herz und Charakter aber so unkompliziert ist, daß man sagen kann, Bruder im Arbeitsittel, komm, laß uns zusammenstehen und kämpfen, bis wir Lebendigen den Staat ausmachen.

So wuchs in 6 1/2 Millionen Deutscher der Wille: Nieder mit dem Parlamentarismus, der Resignation, dem Geschwätz, damit der Staat der Arbeit, unser Staat, erstehe.

Nationalsozialismus und Margismus vor dem Entscheidungskampf.

Das politische Ringen des Nationalsozialismus für unser Volk gegen den Margismus tritt in das Stadium der Entscheidung. Denn in dem bisherigen Kampfe mußte der Nationalsozialismus sich zunächst gegen die bürgerlichen Parteien, die Hilfsgruppen des Margismus, wenden. Zum größten Teile standen die bürgerlichen Gruppen neben dem Margismus; sie verlängerten seine Front und schützten ihm Flanke und Rücken. Die nationalsozialistische Front hatte nicht die Ausdehnung der gegenüberstehenden feindlichen Linie, sodaß der Nationalsozialismus nicht zur Einkreisung und Umzingelung des Gegners vorgehen konnte. Er wandte sich zunächst gegen den schwächsten Flügel seiner verbündeten Gegner, die bürgerlichen Parteien. Die verschiedenen Wahlen nach dem 14. September haben deutlich gezeigt, daß die bürgerlichen „Interessentenhausen“ über den „Hausen“ geworfen sind, daß dieser Flügel zertrümmert ist, und somit die politische Strategie des Nationalsozialismus den ersten Sieg an ihre Fahnen heften konnte.

Gleichzeitig haben diese Wahlen bewiesen, wie richtig es war, zuerst die bürgerlichen Parteien lahmzulegen. Überall, wo die bürgerlichen Parteien bereits ihren Einfluß verloren hatten und nicht mehr in der Lage waren, selbständig politisch zu handeln, ist es dem Nationalsozialismus gelungen, dem Margismus starke Verluste zuzufügen und in seine Reihen einzubrechen.

Erst nach Überrennung des bürgerlichen Flügels ist der Nationalsozialismus imstande, dem Margismus auf den Leib zu rücken, da die bürgerlichen Parteien durch ihre schwankende, fehlerhafte und selbststüchtige Politik es meisterhaft verstanden haben, so viel Argernis im deutschen Volke zu erregen, daß es dem Margismus immer wieder leicht wurde, seine Anhänger zu halten. Obwohl die marxistischen Parteigänger durch das Verhalten ihrer Führung enttäuscht waren, wählten sie von zwei Abeln, bürgerlich oder marxistisch, ihrer Ansicht nach das kleinere von beiden.

Durch seinen Sieg am 14. Sept. über die bürgerlichen Parteien hat der Nationalsozialismus erreicht, daß gegen ihn ohne marxistische Mithilfe nicht zu regieren ist. Da der Margismus der nationalsozialistischen Bewegung nicht die Regierungsgewalt einräumen will, ist er wohl oder übel gezwungen, die Regierung der bürgerlichen Parteien zu unterstützen. Damit hat er sich selbst aus der Oppositionstellung hinausgedrängt und kann nicht mehr seine Anhänger unter dem Leitspruch „gegen die bürgerlichen Parteien“ zusammenhalten. Den Speer, den der Margismus vor dem 14. September gegen das Kabinett Brüning schleuderte, indem er wagte, dieses mit den

schärfsten Methoden zu bekämpfen, fällt auf ihn selbst zurück. Heute muß er anbeten, was er vor vier Monaten verflucht hat, lediglich aus Furcht, Macht und Futterkrippe in Preußen zu verlieren.

Bereits ist der Margismus sich klar darüber, daß er trotz Unterstützung seines letzten, noch intakten Bundesgenossen, das Zentrum, auf legalem Wege den Entscheidungskampf gegen den Nationalsozialismus verlieren muß. Schon versucht er Maßnahmen zu ergreifen, um das erwachende Deutschland durch Gewalt und Bürgerkrieg niederzuhalten. Aber der Nationalsozialismus ist auf der Hut; stets ist es ihm bisher gelungen, verfassungsfeindliche und gesetzwidrige Pläne und Handlungen des edlen Bruderpaars, Reichsbanner und Rotfront, aufzudecken. Selbst Herr Hörsing sieht sich gezwungen, den Rückzug anzutreten und, wahrscheinlich in nüchternem Zustand, zu erklären, sein Marschbefehl für den 22. Februar sei „theoretischer“ Natur.

Se aufgeregter, plan- und kopfloser der Margismus auf illegale Maßnahmen sinnt, umso ruhiger nützt der Nationalsozialismus als bester Kenner der Beziehungen zwischen der politisch-strategischen Dreieinigkeit Zeit, Raum und Kraft, die legalen Mittel zur Reize aus. Der Nationalsozialismus verfügt über einen starken Verbündeten: die Zeit! Sie arbeitet für ihn! Täglich stärkt sich seine Organisation und damit seine Position, während gleichzeitig die bürgerliche Parteiwelt sich in Trümmer auflöst und die Reihen des Margismus sich lichten.

Die Bewegung Adolf Hitler's schreibt sämtlichen Gegnern das Gesetz des Handelns vor, um zu gegebener Zeit auf der Höhe ihrer Kraft sich zu erobern den politischen Raum, auf dem der Hebel angelegt wird, der die Zwangsherrschaft der internationalen Hochfinanz und seiner Fronvdögte, Frankreich und Polen, aus den Angeln heben wird. ER.

Noch eine Gesangsangelegenheit.

Auch in Preußen beschäftigt sich ein Minister mit Liederangelegenheiten. Es ist der Herr Minister Severing. In einer Rede führte er, dem Sinne nach, aus: „Ich weiß wohl, daß der Vers gesungen wird: Alle Ringe rollen, nur der kleine See ring nicht. Ich fasse dies nicht als Beleidigung oder Verächtlichmachung auf, sondern als harmlosen Studentenulk.“

Theater in Genf.

Der „große“ Regisseur Briand hat seine Puppen zusammengerufen. Eine neue Komödie soll der Welt vorgegaukelt werden. Das Stück ist uns längst bekannt, nur die Form wird von Zeit zu Zeit geändert. Die Spieler sind immer dieselben, ob sie Curtius oder Stresberger heißen. Sie tanzen am Draht wie die Marionetten. Sie glauben zu schieben und werden geschoben. Nur ganz wenige sind ernst zu nehmen, vielleicht nur einer — Grandi. Die Szenen wechseln sehr oft. Gestern war großes Kaviar-Essen, heute hält einer eine Rede, genau wie der Souffleur sie vorliest, und morgen ist große Damengesellschaft. Es wäre ein glänzendes Spiel, wenn es nicht auf unsere Kosten ginge. — Aber wir warten auf das Ende, auf den Deuz ex machina. Wenn's nur dann nicht tragik-komisch wird! —

Es gab schon einmal eine solche Revue. Sie war vor über 100 Jahren und in Wien. Da kam ein einziger Mann, Napoleon, und alles floh nach allen Seiten. Wir warten auf diesen Mann!

Die Politik der Woche

Herr Kultusminister Adam Remmele hat in Heidelberg den Studentenausschuß aufgelöst, weil die Studentenschaft unter nationalsozialistischer Führung den schärfsten Kampf gegen die Ernennung Professor Gumbels führte, der das bekannte Wort aussprach: „Der deutsche Soldat ist auf dem Felde der Unehre gefallen.“

Bei der Reichsgründungsfeier in Coburg, bei der Adolf Hitler sprach, wehte zum ersten Mal in einer deutschen Stadt das Hakenkreuzbanner auf dem Rathaus!

Bei den Aftawahlen der Rbthener Gewerbehochschule errang der nationalsozialistische deutsche Studentenbund die absolute Mehrheit. Trotz aller „Schikanen“ wird eine Hochschule nach der andern nationalsozialistisch!

Bei einer nationalsozialistischen Versammlung in Lampertheim, bei der es zu Störungen kam, stahlen die Kommunisten die Kasse mit den Eintrittsgeldern. Einige Tage später schlugen die Banditen einen Arbeiter, der Augenzeuge war, nieder. Rotes Mord- und Raubgesindel!

Dieser Tage überschritten etwa 20 polnische Soldaten in voller Uniform die deutsche Grenze und zogen erst nach wiederholter Aufforderung durch Zollbeamte nach Polen zurück. Von einem deutschen Protest hat man bis jetzt nichts gehört.

Der vorwiegend nationalsozialistische Studentenausschuß Erlangens forderte die Errichtung eines Lehrstuhls für Rassenkunde und -forschung und für Wehrwissenschaft an der Universität.

In Dresden versuchten Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam eine nationalsozialistische Versammlung zu sprengen, wobei es mehrere Verletzte gab. Man sieht auch hier die Marxisten beider Schattierungen in Einheitsfront!

Die von Herrn Severing mit großem Lamtam angekündigte Berliner „Winterhilfsaktion“ brachte nur 350 000 RM, bei denen allein 2 Berliner Brauereien 150 000 RM gestiftet hatten. Ein klägliches Fiasko!

In Bremen wurde der Nationalsozialist, Konsul Bernhard, Präsident der Bremer Bürgerschaft. Zum ersten Mal, daß ein Nationalsozialist dieses Amt bekleidet!

Gegen die Willkürherrschaft in Baden.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Verordnung des bad. Staatsministeriums vom 14. 1. 1931 betr. das Verbot des Tragens von Parteiformen, das auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden ist, wird mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt.“

Rote Justiz.

Dieser Tage erschien im Verlag Lehmann, München, „Gefesselte Justiz“ (zu haben in der Völkischen Buchhandlung P 5, 13a), dessen Rekläre wir unseren Lesern empfehlen.

3.

„Gib uns Barabbas — Barmat frei!“

Am 10. Jahrestag der republikanischen Verfassung, am 11. August 1929, erhielt der Mann, der Staatsmänner und Parlamentarier gekauft hatte, vom Preussischen Staat die ausgehandelte Bewährungsfrist. Der Amtliche Preussische Pressedienst führte die Öffentlichkeit durch nachfolgende Meldung irre:

„Außer den in der Urteilsbegründung als strafmildernd hervorgehobenen Umständen kommt für eine Strafaussetzung besonders in Betracht, daß die Tat etwa bereits 5 Jahre zurückliegt, die lange Dauer des Verfahrens, die ihre Ursache in dem Umfange der Sache und nicht in der Person des Verurteilten findet und die dadurch verspätete Vollstreckung des Strafrestes, die zumal bei dem nach dem ärztlichen Gutachten schlechten Gesundheitszustand von Julius Barmat eine über den Strafmaß hinausgehende Härte bedeuten würde. Hinzu kommt, daß bei dem bisher nicht vorbestraften Verurteilten nach seinem Verhalten während des Vorverfahrens und der Hauptverhandlung die Erwartung gerechtfertigt ist, daß er in Zukunft nicht wieder straffällig werden und sich eines etwaigen Obnadenerweises würdig zeigen wird.“

Welche eiserne Stirn! Die „Femerrichter“, die Kämpfer für Deutschlands Ehre, sind sechs, ja sieben Jahre nach der Beseitigung der Landesverräter durch drei Erdteile verfolgt worden, um sie vor den, wie im Wilms-Prozess, ausgewählten Strafrichter zu bringen, dessen Urteil auf Todesstrafe man sicher war. Der Gesundheitszustand Barmats ist so ausgezeichnet gewesen, daß er jetzt, als diese Zeilen geschrieben wurden, in

Litauen und Lettland Geschäfte mit Staatsmännern machen kann.

Ein unbegreifliches Urteil! — Die verantwortlichen Richter hatten es den Verhandlungen zwischen Barmat und dem Justizministerium überlassen, die nachweisbar schiefe Bahn gemeinsam zu betreten. Denn durften die über die Jubilligung einer Bewährungsfrist bestehenden Bestimmungen auf Barmat überhaupt angewendet werden? Nein, die gültigen Verordnungen verboten diese Vergünstigung Barmats sogar. Gültig war die „Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 19. Oktober 1920“, deren § 2 lautet:

„Die Aussetzung der Strafvollstreckung soll in der Regel nur dann gewährt werden, wenn die begangene Verfehlung nicht durch Verdorbenheit und verbrecherische Neigung, sondern durch Leichtsinns, Unersahrenheit, Verführung oder Not veranlaßt worden ist und wenn erwartet werden kann, daß der Verurteilte sich durch gute Führung während der Bewährungsfrist eines künftigen Obnadenerweises würdig erweisen wird.“

Für die Entscheidung dieser Frage ist neben den Umständen der Tat vor allem das Vorleben des Verurteilten von Bedeutung. Auch der Tat nachfolgende Umstände können in Betracht kommen, insbesondere, daß der Verurteilte aufrichtige Reue empfindet und den ernstlichen Willen zeigt, nach Kräften den verursachten Schaden wieder gut zu machen. Bei Schleichhandel- und Wuchervergehen ist mit besonderer Sorgfalt zu prüfen, ob die Aussetzung der Strafvollstreckung mit dem öffentlichen Interesse an einer wirksamen Bekämpfung dieses gemeingefährlichen Vergehens vereinbar ist.“

Wegen des schändlichen Betruges, der mit den Rechtsgütern eines braven Volkes getrieben worden ist, um den Betrüger Barmat zum Schweigen zu bringen, dadurch, daß er nicht in das Gefängnis brauchte, wegen der grundfälligen Bedeutung der regierungseitigen Irreführung des obnedies hart genug gestraften Volkes, soll

1) Justizmin.-Blatt S. 5655.

die Anwendung der Bewährungsfrist auf Barmat vom Standpunkt des juristischen Laien geprüft werden.

Um vollständig zu sein, muß erwähnt werden, daß die vorstehende Wiedergabe nur ein Teil der Bestimmungen ist (sie sind in den Jahren 1919, 1920 und 1921 veröffentlicht, abgeändert oder ergänzt worden), daß aber nur dieser Teil auf Barmat anwendbar ist. Und, wie jeder Mensch mit gesundem Rechtsempfinden sofort erkennen muß und wird, nicht für ihn, sondern gegen ihn angewandt werden mußte. Wer will Leichtsinns und Unersahrenheit bei Barmat behaupten wollen, oder wer sagen, daß er verführt worden sei oder aus Not gehandelt hätte? Bis kurz vor seiner Verurteilung hat er leidenschaftlich die Absicht vertreten, den Staat für den angeblich erlittenen Schaden haftbar zu machen; statt umgekehrt die Voraussetzungen für die Gewährung einer Bewährungsfrist zu erfüllen und von sich aus die Wiedergutmachung des Schadens (39 Millionen Goldmark) anzubieten.

Der ministerielle Erlaß vom 15. Juni 1921 sieht im § 3 b im Falle der Gewährung einer Bewährungsfrist die Entrichtung einer Geldbuße vor. Bei Barmat hat man davon nicht nur abgesehen, sondern ihm die im Urteil vom 30. März 1928 für die Staatskasse als verfallen erklärten 41 347,50 RM freigegeben.

In allen Erlassen des Justizministers erscheint der Grundsatz, „daß von der Strafaussetzung ein günstiger Einfluß auf den Verurteilten erhofft werden muß und daß die Erwartung gehegt werden kann, daß der Verurteilte, wenn er eine Zeitlang den Ernst der Strafvollstreckung verspürt hat, sich in Zukunft straffrei führen wird.“

Das Justizministerium setzt sich also über die eigenen Bestimmungen hinweg. Auffallend ist, daß die mündliche Urteilsbegründung am 30. März 1928 und die gedruckte vom 9. Februar 1929 durch keinen Hinweis auf die richterliche Absicht hindeuten, Barmat eine Bewährungsfrist zu verschaffen.

Fortsetzung siehe Seite 5.



Paroleausgabe

Bezirk Groß-Mannheim.

Geschäftsstelle Mannheim, P 5, 13 a. Telefon 317 15.
 Geschäftsstunden von 8-12 und 14-19 Uhr.
 Geld- und Einschreibebestellungen: NSDAP. Mannheim, Hans Felt, P 5, 13 a.
 Postfach-Konto: Ernst Nötner, Mannheim, Konto Ludwigshafen 18 375.

Bezirks- und Ortsgruppenleiter: Karl Lenz, M. d. R. Mannheim, Tel. 317 15, oder Heidelberg, Tel. 3727. Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.

Stellvert. Bezirksleiter: Dr. Otto Orth, D. u. Fr. 14-19 Uhr.
Stellvert. Ortsgruppenleiter: Hans Felt, 16-18 Uhr.
Kassenverwaltung: Doewe, täglich von 10-12 und 16-18 Uhr.
Abrechnung für Beiträge der Sektionskassiere v. 15.-18. Jb. Mts.
Organisation und Propaganda: Trautwein, 10-12 u. 16-18.
Betriebszellen-Abteilung: täglich von 10-12 u. 16-18 Uhr.
Arbeitsvermittlung: täglich von 16-18 Uhr.
Kommunalpolit. Abteilung: Dr. Otto Orth, D. u. Fr. 16-18.
Rechtsberatung: Donnerstag ab 16 1/2 Uhr.
Opfering „Deutsche Freiheit“: Dipl.-Ing. A. Fehrmann, Donnerstag 18-19 Uhr. Postfach: Ludwigshafen 5987.
Landtagsfraktion: Prof. H. Kraft, Mi. von 17-19 Uhr.
Verlagsleitung: „Das Hakenkreuz-Banner“, 10-12 und 16-18.
 Postfach-Konto: Karl Lenz, M. d. R., Ludwigshafen 6775.
Schriftleitung: täglich von 8-10 und 16-19 Uhr.
Presseamt: Hans, täglich von 12-13 und 14-19 Uhr.
Buchhandlung: Ernst Nötner, 9-12 und 14-19 Uhr.
S. A.-Standarte: Felt, Donnerstags von 16-18 Uhr.
S. A. Stuf: Felt, täglich von 16-18 Uhr.
S. A. Kasse: Schmidt, täglich v. 17-19 Uhr, außer Mi. u. Do.
Hitler-Jugend: Kaiser, Samstags von 16-18 Uhr.
N. S. D. St. B.: Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.
Schülerbund: Mittwochs und Samstags von 16-18 Uhr.
N. S. D. M. R. (Automobilklub): Mittwochs von 16-18 Uhr.
Deutscher Frauenorden: Frau A. Roth, Sa. von 16-17 Uhr.
Nationalsozialistische Lesehalle, U 6, 24. 9-12 und 14-18 Uhr.

Besuche zu anderer Zeit werden grundsätzlich nur in dringenden Fällen und nur nach vorheriger telefonischer Abmachung empfangen.

Karl Lenz, M. d. R.

Achtung! Betriebszellenorganisation!

Am Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, findet im Wartburghospiz, F 4, eine Versammlung mit Pg. Plattner als Redner statt. Erscheinen für die Ortsgruppenleiter, Sekt.-Leiter und Betriebszellenobleute Pflicht.

Am Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, findet im Wartburghospiz eine Sekt.-Leiter und Zellenobleute-Besprechung statt. Der Wichtigkeit wegen haben sämtliche Funktionäre an dieser Besprechung teilzunehmen.

Ortsgruppe Weinheim.

Nächster Sprechabend:
 Freitag, den 30. Januar. Lokal zum grünen Laub.

Landtagsabgeordneter Papenbroock in Weinheim.

Am 15. Januar hatte die Ortsgruppe zu einer Versammlung in der Müllemer Festhalle aufgerufen. Die Versammlung zeigte den gewohnt glänzenden Besuch. In zweistündiger Rede berichtete Pg. Papenbroock über die Aufbauarbeit unseres Ministers Dr. Frick in Thüringen. Er gab ein erschöpfendes Bild von dem schwierigen Kampf, der in Thüringen bis heute zu führen war und der durch die Aufhebung der Polizeigeldsperre zu einem vorläufigen Abschluß gekommen ist. Er sprach weiter über die Arbeit unserer Reichstagsfraktion und die An-

träge, die dieselbe, im Interesse des schaffenden Volkes, gestellt hat. Zur Aussprache meldete sich niemand. Reicher Beifall dankte dem Redner für sein Schlusswort. Viele Neuaufnahmen besonders in die S.-A. und S.-S. sowie viele Bestellungen auf das Banner waren der Erfolg des Abends. Allgemeines Aufsehen erregte an diesem Abend die S.-A., die sich in kurzer Zeit in ihrem Bestand verdoppelt hat. Der gute Hörer ist am 22. Februar marschbereit. Wir sind es heute schon.

Großdeutsche Freiheitskundgebung in Schriesheim.

Am letzten Sonntag fand im Pfsalzaal eine große Freiheitskundgebung der hiesigen Ortsgruppe statt, die schon lange vor Beginn mit 800 Besuchern besetzt war. Dann marschierte die S.-A. und Hitlerjugend unter den Klängen Preußens Gloria und von der jubelnden Menge stürmisch begrüßt, in den Saal. Dann kam Dr. Roth, der Redner des Abends, und nahm, nach kurzen Begrüßungsworten des hiesigen Ortsgruppenführers Urban, das Wort zu seinen Ausführungen. Dr. Roth erinnerte an die Reichsgründung am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles und hielt mit beiführender Ironie scharfe Abrechnung mit dem Marxismus, der sich schon von diesem Tage an in den deutschen Volkskörper setzte und wie eine giftige Schlange das Blut des deutschen Volkskörpers zerfetzte. Fürst Otto v. Bismarck hat damals schon die drohende Gefahr des Marxismus erkannt, man hatte ihn jedoch nicht erhört und so war es möglich, daß der Marxismus seine Wühlarbeit weiterführen konnte und schließlich 1918 zum Endschlage ausholte. Kein Mensch hätte 1871 daran gedacht, daß das große deutsche Reich schon in 60 Jahren verschwunden sei. Dann kam Dr. Roth auf die letzte Reise des jetzigen Reichskanzlers Dr. Brüning nach dem Osten zu sprechen. Er wurde nicht von dem Volk umjubelt wie Bismarck 1871, sondern nur von den Spitzen der Behörden und von polnischen Kriegsfliedern empfangen, die sich erlaubten über deutsches Gebiet zu fliegen.

Dr. Roth kam dann auf die jetzige Reichsverfassung zu sprechen und erwähnte, daß wir Nationalsozialisten die Verfassung schätzen, denn sie bietet uns die Gelegenheit auf legalem Weg zur Macht und zum dritten Reich zu kommen. Adolf Hitler wird aus der Masse wieder 60 000 000 Deutsche machen, und daß ihm dies gelingt, beweisen die Millionen, die heute schon hinter ihm stehen. Nur dann erst, wenn das deutsche Volk wieder eine Einheit bildet, können wir einer besseren Zukunft entgegensehen. Wir wollen keinen Krieg, sondern Frieden. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, „wer den Frieden will, muß zum Krieg rüsten“, denn wir haben aus der Geschichte der Völker gelernt, daß alle wehrlosen Völker von dem Erdboden verschwunden sind. Der Redner forderte am Schluß alle Anwesenden auf, mitzukämpfen für die Idee Adolf Hitlers, damit wir aus dem Schutthaufen des zweiten Reiches ein neues Haus, das dritte Reich erbauen können. Es ist eine schwere Aufgabe, es wird uns aber gelingen. Stürmischer Beifall dankte Dr. Roth für seine trefflichen Ausführungen.

Zur Verschönerung des Abends trugen die Mädchengruppe des hiesigen Frauenordens durch Reigen und Gedichte und eine Ludenburger Kapelle bei.

Nachdem Dr. Roth an die Jugend appellierte, einzutreten in die S.-A. und Hitlerjugend, sangen die Anwesenden das Horst-Wessel-Lied.

1. Bezirkstreffen der H.-J. Bezirk Mannheim in Schriesheim.

Am Samstag, den 17. und Sonntag, den 18. Jan., fand in Schriesheim das erste Bezirkstreffen statt, das ein voller Erfolg für den noch in Anfängen stehenden Bezirk war. Samstags nachts zwischen 10 und 12 Uhr trafen die auswärtigen Ortsgruppen ein. Jedoch war es nicht möglich, für alle Privat-Quartiere in der kurzen Zeit zu beschaffen, somit mußten die Unentwegten von Mannheim und Hockenheim mit Massenquartier in einer lustigen Scheune Vorlieb nehmen. Die Kommunisten hatten am selben Abend in Schriesheim eine Veranstaltung. Nachts gegen 1 und 3 Uhr marschierten 2 Trupp Kommunisten in Stärke von je ca. 50 Mann in der Nähe unserer ausgestellten Wachen vorbei. Die Rie- wieder-Krieg-Soldaten übten sich kräftig im Präsentiermarsch.

Vormittags 1/9 Uhr war Antreten der gesamten H.-J. angelegt. Doch konnten etliche der Schriesheimer



Bezirk Mannheim.

Ortsgruppe Mannheim.

Ortsgruppenführer: Willy Kaiser.
 Sonntag, den 25. Januar, vormittags 9 Uhr, Gruf.-Besprechung.
 Schar 9 und 10: Donnerstag, den 29. Januar, abends 20 Uhr, Scharabend im „Friedrichsring“, R 7, 34.
 Jungchar: Freitag, den 30. Januar, abends 18 Uhr, Zusammenkunft im „Friedrichsring“, R 7, 34. Lieberbücher mitbringen.

Ortsgruppe Hockenheim.

Ortsgruppenführer: Franz Hoffmann, Zähringerstr. 27.
 Sprechstunden: Samstags von 19-20 Uhr.
 Mittwoch, den 28. Januar, Heimabend abends 20 1/2 Uhr im Hotel „Friedrichsbad“.

Ortsgruppe Schriesheim.

Ortsgruppenführer: Ludwig Krämer, Friedrichsstr. 278 a.
 Sprechstunden: Täglich außer Freitags und Samstags.
 Mittwoch, den 28. Januar, Ausmarsch (Wanderung) mit Orientierung im Gelände. Treffpunkt: Cafe Krämer abends 20 1/2 Uhr.

Ortsgruppe Lampertheim.

Ortsgruppenführer: Friedrich Wegerle, Friedrichstr. 51.
 Sprechstunden: Täglich von 8-19 Uhr in der Wohnung.
 Donnerstag, den 29. Januar, Heimabend abends 20 Uhr bei D.-G.-F. Wegerle.

Ortsgruppe Ladenburg.

Ortsgruppenführer: Ing. Albert Gsell, Wormserstr. 418.
 Sprechstunden nach Vereinbarung.
 Jeden Sonntag Zusammenkunft. Näheres bei Pg. Ing. Gsell.

scheinbar nicht rechtzeitig aus den Federn kommen. (Hoffentlich bessern sich dieselben!) Nach eingemommenem kräftigen Frühstück marschierte die gesamte H.-J. zum allgemeinen Kirchgang. Nach dem Gottesdienst wurde wieder zum Stammquartier „Zur Pfalz“ zurückmarschiert. Dortselbst wurde die Essenseinteilung vorgenommen. — Nachmittags 1/2 Uhr wurde zum Demonstrationzug in Schriesheim angetreten, den wir trotz Kemele und Wittemann durchführten. Durch Sprechdüre und Abfingen unserer Kampflieder wurde die Schriesheimer Jugend aufgefordert, Mitkämpfer durch Beitritt zur Hitler-Jugend für das dritte Reich zu werden. Der Demonstrationzug in Schriesheim wurde von der Bevölkerung freudig aufgenommen und mit kräftigen Heilrufen begrüßt. Nach einem zünftigen Übungsmarsch marschierte die Schriesheimer Jugend, trotz Regen und Schnee mit uns auf die Strahlenburg, wo unser Bezirksführer Kaiser durch kernige, zündige Worte die Jugend ermahnte, ihre Kräfte zu verdoppeln und in noch stärkerem Maße für die Verwirklichung der Ziele Adolf Hitlers und des dritten Reiches zu kämpfen.

Nicht unterlassen möchten wir, an dieser Stelle allen Parteigenossen und Gefinnungsfreunden, insbesondere dem tüchtigen H.-J.-F. von Schriesheim, Jg. Krämer, für die freundliche Aufnahme und Bewirtung unseren herzlichen Dank auszusprechen; auch den lieben Mädels, die so freundlich waren, uns in aller Frühe mit Kaffee und Kuchen zu bewirten. Dieses Bezirkstreffen war trotz Schnee, Regen und Kälte für jeden zünftigen H.-J. ein großes Erlebnis und dürfte sehr wahrscheinlich dazu beitragen, ihn anzuspornen, seine ganzen Kräfte in den Dienst der H.-J. zu stellen, damit wir bei dem nächsten Bezirkstreffen in doppelter Stärke aufmarschieren und der marxistischen Jugend beweisen können, daß die H.-J. steht und in ihrem Vorwärtsschreiten sich durch nichts, auch nicht durch den roten Terror und alle ministeriellen Verbote, am Vorwärtsschreiten nicht aufhalten läßt. Durch Kampf zum Sieg ist die Parole des Bezirkes für das Jahr 1931!

Anzeigen im „Hakenkreuz-Banner“ haben Erfolg!

Detektiv, Auskunftei
Argus
 A. Maier & Co.
 MANNHEIM O 4, 4

Beste 5.

Hüte
 Mützen
 Schirme
 zu Inventurpreisen!

Heisel, H 1,7
 (Inhaber: Karl Allmies)

KAYSER
 Nähmaschinen
 Fahrräder
 günstige Zahlungsbedingungen
 Sämtliche Ersatz- und Zubehörteile billigst.
 Reparatur-Werkstätte
Penn, Mannheim
 R 3, 16

Wollere, höchste
Waschfrau
 äußerst reinlich, sucht Arbeit in und außer dem Hause, Anträgen unter Nr. 222 a. d. Gef. d. 21.

Bei
Adler & Bingel
 Mannheim P 3, 11
 leibt man
Theater- und Maskenkostüme

PHOTO-MAYER
 Mannheim, P 3, 11
 Fernsprecher Nr. 20026

Apparate
 Entwickeln
 Kopieren
 Vergrößern

Versand nach auswärts.

Strickkleidung
 ändert, wäscht und repariert

Ausfertigung von Strickweber (Kleider) u. Pullovern nach Maß

Metz. Strickerei
Lina Lutz & Co.
 MANNHEIM, R 3, 5a

Anstricken Anweben von Strumpfwaren aller Art mit bester Schweizerwolle und Makoren.

Papierwaren
 Bürobedarf
B. & E. Walter
 MANNHEIM
 Jungbuschstr. Nr. 8

2-ZIMMER WOHNUNG
 im Stadt-Zentrum, an ruhiger, ordentl. Familie ab 1. Febr. 1931 zu vermieten. Originalkarte erteilend. Anfragen unter Nr. 221 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

In wenigen Tagen erscheint

DIE BRENNESSEL

Politisch-satirische Kampfschrift

Mit dieser Zeitung erhält unsere Bewegung ein Kampfmittel gegen ähnliche Zeitschriften unserer Gegner, die schon in Vorkriegszeiten auf politisch-satirischem Gebiete alles in den Kot gezogen haben, was dem deutschen Ansehen diene. Dem jüdisch-marxistischen Gift setzen wir diese unsere neue Zeitung entgegen, die bei einem Umfang von 12 Seiten, bei 4 Seiten Vierfarbendruck, unter Mitarbeit hervorragender Künstler und Schriftsteller hergestellt wird.

Die Zeitschrift erscheint vorläufig die ersten drei Monate Januar, Februar und März monatlich einmal und wird raschestens zum wöchentlichen Erscheinen ausgebaut. Der Einzelverkaufspreis beträgt pro Exemplar 50 Pf., die Bezugsgebühr für das 1. Quartal M. 1.30 zuzüglich 6 Pf. Postgebühren.

Die Bestellungen für das 1. Quartal sind zur Geschäftsvereinfachung und Vermeidung teurer Nachnahmespesen auf Postcheckkonto 11345 Amt München im Voraus einzusenden. Zahlungen aus Österreich (Bezugspreis Schilling 2.40) erfolgen zweckmäßigerweise auf unser Postsparkassenkonto 75921 Wien; aus der Tschechoslowakei (Bezugspreis Kc. 12.50) auf das Postsparkassenkonto Prag 77303; aus der Schweiz (Bezugspreis schw. Fr. 1.90) auf das Scheckkonto Bern III 7205; aus dem übrigen Ausland (Bezugspreis M. 1.50) mittels internationaler Postanweisung direkt an den Verlag.

Bestellung auf Zahlkartenabschnitt genügt. Für das 1. Quartal erfolgt Einweisung durch den Verlag. Es empfiehlt sich unter allen Umständen sofortige Bestellung für das 1. Quartal, da nur diese Besteller die Garantie für regelmäßige Lieferung besitzen, während der Käufer der Zeitung im Straßenhandel keinerlei Anspruch auf Nachlieferung vergriffener Nummern hat.

Die Zeitung wird in ihrer Aufmachung und in ihrem Inhalte von zeitgeschichtlichem Wert und, alljährlich gebunden, ein hervorragendes Werk sein.

Zentralverlag der N.S.D.A.P.

Frz. Eher Nachf. G.m.b.H., München 2, NO Thierschstr. 11, Postcheckkonto 11346 Amt München

Zu beziehen durch die

Völkische Buchhandlung, Mannheim P 5, 13a

Elektro-Therapeutikum

INSTITUT

für Bestrahlungs-, Impf- und Serumbehandlung der Krankheiten.

Dr. med. Schneider, Mannheim
B 1, 10-12 (früher L 11, 21) / Tel. 332 85

Sprechstunden Wochentags: 10-12 und 4-6 Uhr

Prospekte auf Wunsch

Möbel-Haus Gebr. Lehmann

Möbel und Polsterwaren

AUS EIGENER WERKSTÄTTE
MANNHEIM Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen-Einrichtungen, Einzel-Möbel nach Wunsch angefertigt in solid. Ausführung bei bequemer Teilzahlung

EMIL A. HERRMANN

Herren- und Damen-Konfektion, Herren- u. Damenstoffe, Wäsche, Aussteuer, Schlaf- u. Steppdecken
M Ö B E L
Korbmöbel · Chaiselongues
Eigene Polsterwerkstätte.

Fernruf 530 86

MANNHEIM

Stamitzstr. 15

ECZECH-JOCHBERG

Hitler

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

Aus dem Inhalt:

Hitler soll verhaftet werden / Die Geburt der S.A. / Der General mit der unglücklichen Hand / Der Dutsch / Vor dem Volksgericht / Geist nach der Macht / Reichswehr vor dem Reichsgericht / Das erwachte Deutschland wählt

„In erschütternder Eindringlichkeit baut der Verfasser das Werk unseres Führers auf, zeigt, wie aus bitterer Jugend und hart erlittenen Erkenntnissen das Wissen und Wollen zu der großen Mission aufwächst.“
Völkischer Beobachter, München.

„Kein Nationalsozialist, kein Deutscher überhaupt, darf an diesem Buche gedankenlos vorbeigehen. Es muß auf dem Tisch jedes deutschfühlenden Menschen liegen. Kauf dir dein Buch, Deutscher, und wirb dafür bei deinen Bekannten.“
Nordwestf. Freiheitskämpfer, Oldenburg.

Kartonierte Km. 2.25, Ganzleinen Km. 5.90

Zu beziehen durch die

Völkische Buchhandlung, Mannheim P 5, 13a
Prospekte kostenlos

Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.

DURLACHER HOF

MANNHEIM (am Strohmärkt)
Sozialauschank des gut. Durlacher Hof-Bieres empfiehlt seine

INHABER: reichhaltige u. preisw. Küche
Frz. Messinger täglich ab 7 Uhr abends KONZERT.

Bergstraße

Pension Scheid

Erholungsheim für Damen
Fernruf 106 Schriesheim a. d. B.

A. Hartmann

Weinbau und Weinkellerei
307 SCHRIESHEIM
Gegründet 1865 Bismarckstr. 282

Oskar Steidel Wwe.

Drogerie-, Kolonial- und Materialwaren
306 Schriesheim, Talstr. 53

Pg. H. Reiher Heidelberg

Brückenstr. 8
Pflgel, Pianos u. Harmonikas durch Miete später käuflich.

Musikalien MUSIK-INSTRUMENTE
billig im
Neuenheimer Musikhaus

Deutsche, lauti nur deutsche, naturreine Ware
Beste Leigte, naturreine Ware
Hamburger Weißbrot
Hamburger Ryebrot
Hamburger Roggenbrot
Alle Sorten Kollbröt etc.
erhalten für im 24

Ersten
Weinheimer Reformhaus
Rich. Diebach
Bismarckstr. 129

Bäderei- u. Kolonialwaren
Wilh. Geiß
Schriesheim
Goldbergstraße 250

Der Nationalsozialist verleiht nur in Lokalen, wo nationalsozialistische Zeitungen aufliegen.

Wir sind billiger geworden

Tafelbutter Pfd. 1.50

Emmentaler 1/4 Pfd. 0.33

Fleischsalat 1/4 Pfd. 0.30

Heringsalat 1/4 Pfd. 0.25

Süßbäckling Pfd. 0.35

Hch. Kinna F 1, 7a

Nationalsozialist

sucht zwecks Existenzgründung Darlehen in Höhe v. M. 2000.— gegen Sicherheit und monatl. Rückzahlung.
Zuschr. erbeten u. Nr. 223 an Verlag ds. Bl.

OPTIKER



KLEIN MANNHEIM

Waldhofstraße 6
Lieferant sämtlicher Krankenkassen
in Punktal-Gläser von Reichsmark 3.50 an

Warum nicht
in Wähler's Restaurant K 3, 4

Färberei Bischof Färbt

HEIDELBERG - MANNHEIM
Reinigt Plissiert
schnell billig gut
Annahme in Mannheim: T 4, 5 u. F 4, 10
Hockenheim: Waxhanstalt Schütz

Piano-Stimmungen u. Reparaturen

HECKEL Piano-Lager
311 O 3, 10 Kunststraße

1906 25 1931 Jubiläum-Piano

besonders preiswert. 315
Piano-Siering Mannheim C 7, 6

Mädchen

Stenotypistin
sucht Anfangs-Stellung (Vertragsstellung). Anfr. an die Geschäftsstelle erb. u. Nr. 224

Amerikan-Photographie-Salon

Billegstes Geschäft für moderne Photographie
Sonntags den ganzen Tag geöffnet

Postkarten, Familienbilder, Oport- und Paßbilder in kürzester Zeit lieferbar. Auch Amateur-Arbeiten. 3 ret. Bilder von RM 1.— an.

Mannheim L 8, 2
Gegenüber Bezirksamt 314

Wo kauft die Dame ihren HUT?

Beim Fachmann

Gg. Sängler, Hutfaszonieranstalt T 3, 8

Theobald Beckenbach, Edingen
empfehl. Pg. Sämtliche Manufakturwaren, Herren-Konfektion, Krügen u. Krawatten etc.

Washbare

Realko-Mieder

ohne Schnürung, ohne Gummi, unsichtbarer Seitenschluß

„Albersko“-Leibbinden
D.R.-Patent. — Von RM 10.50 an. Für unverbindl. Ansichts-Sendung. Erb. Taillenweite.

„ALBERSIA“

Neuzzeitliche Kleidung

HEIDELBERG, Hauptstraße 65
KARLSRUHE, Eckhaus Analienstraße 23
MANNHEIM, E 2, 1 (Nähe Paradeplatz)
PFORZHEIM, Rathaus 97



Feinwäscherei

K. PFEFFER

J 3, 23 MANNHEIM J 3, 23
empfiehlt sich in starkl. Stärke-, Herren-, Damen- und Haushaltswäsche — Gardinenspannerie —

Schuh-Reparaturen

Wo?

Nur beim „Finken Ludwig“
S 2, 9, Mannheim R 4, 22
freie Abholung und Zustellung.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Januar ds. Js. ist ein neuer Vertrag über Zahnbehandlung zwischen den kfm. Berufskrankenkassen und dem Reichsverband der Zahnärzte in Kraft getreten. Die Listen der Mannheimer Vertragsärzte liegen bei den Geschäftsstellen der Krankenkassen auf.

Zahnärzterein Mannheim.

NATIONALSOZIALISTEN TREFFEN SICH IN:

Mannheim

Restaurant zum Paradies
Schimpferstr. 16. Tel. 53901
geräumiges Nebenlokal mit Klavier

Schriesheim

Gasthaus „z. Drei König“
Ludwig Back, Metzger und Wirt

Schriesheim

Gasthaus „z. Pfalz“
Wilhelm Müller
Eigene Schlichterei, größter Saal Schriesheims

Schriesheim

Gasthaus „z. Goldenen Pflug“
Ausschank d. Winzergenossenschaft Schriesheim

Schriesheim

Gasthaus „z. Rose“
August Reinhard

Der politische Wetterwinkler

Heidelberg, 21. Januar. Die Demokratie hat sich wieder einmal selbst ins Gesicht geschlagen. Einer der „berufenen Hüter der Demokratie“ im Musterlande Baden, der marxistische Kultusminister von Zentrums Gnaden Adam Kemmele hat jetzt selbst eine demokratische Einrichtung beseitigt. Er hat die Selbstverwaltung der Studentenschaft durch willkürliche Auflösung des AStA (Allgemeinen Studentenausschusses) der Universität Heidelberg kurzerhand aufgehoben. Solange die alte Universität Heidelberg eine rot-schwarze Hochburg und der AStA mit einer schwarz-roten Mehrheit ein willfähiges Werkzeug der marxistisch-zentrumlichen Regierung war, konnten die Marxisten und Demokraten die Selbstverwaltung der Studentenschaft nicht genug als eine „Errungenschaft der Demokratie“ preisen. Seit aber, wie in allen deutschen Hochschulen, auch in Heidelberg die Studentenschaft erwacht ist, und der AStA eine starke nationale Mehrheit hat, vor allem seit den letzten AStA-Wahlen die nationalsozialistische Studentengruppe mit 17 Vertretern die weitaus stärkste Partei im AStA ist, will der marxistische Kultusminister und mit ihm die schwarz-rote badische Regierung von dieser „Errungenschaft der Demokratie“ garnichts mehr wissen.

Das ist der wahre Grund für die willkürliche Auflösung des Heidelberger AStA durch Adam Kemmele. Zum Anlaß für seinen Eingriff in die akademische Freiheit nahm er den Fall Gumbel, der dadurch ein skandalöser wird. Dieser Gumbel hat sich bei jedem anständigen Deutschen mit noch einem Funken Nationalgefühl dadurch selbst gerichtet, daß er als echter Marxist und Kriegsdienstverweigerer alle marxistischen und zentrumlichen Beschimpfungen und Besudelungen des deutschen Heeres und der Gefallenen mit seiner unerhörten Bemerkung in den Schatten stellte: „Die deutschen Gefallenen sind nicht auf dem Felde der Ehre, sondern auf dem Felde der Unehre gestorben.“ Diesen Gumbel hat kürzlich Adam Kemmele zum außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg ernannt. Da alle Proteste der Studentenschaft und ebenso der deutschgesinnten Heidelberger Einwohner gegen diese marxistische Provokation bei der schwarz-roten Regierung erfolglos blieben, hat der AStA beschlossen, bei der Reichsgründungsfeier nicht zu hargieren, falls Dr. Gumbel an der Feier teilnehme. Dieser Beschluß wurde auch durchgeführt, ferner hat der AStA Vorstand seine Forderung wiederholt, daß Gumbel aus dem Lehrkörper der Universität ausscheiden müsse.

In ihrer sinnlosen Wut gegen alles Nationale läßt das Mannheimer Judenblatt, die Neue Bad. Landeszeitung, die Kasse aus dem Sack, indem sie den wahren Grund der Auflösung der AStA mit folgenden Worten verrät:

„Die Studentenschaft in Heidelberg hat zuletzt unter Führung der Nationalsozialisten versucht, durch eine Art von Erpressung die Universität unter ihren Willen zu bringen. . . Es wäre überhaupt, angesichts der Verhältnisse in Heidelberg, an der Zeit, zu prüfen,

ob die Universitätsbehörde den Studenten gestattet, in ihren alten Aufzügen an offiziellen Veranstaltungen teilzunehmen. . . Vielleicht sollte die Republik sich überlegen, ob es nicht besser wäre, einmal aus der Reihe der Studenten die zu entfernen, die die Hochschule mit einer politischen Arena verwechseln und unter die Studenten die politische Hege tragen, die sich jetzt in Heidelberg so ausgewirkt hat, daß der Staat (!) die von ihm 1925 genehmigte öffentliche Organisation der Studenten aufzulösen gezwungen war.“

Der gegen die nationale Studentenschaft von den Marxisten und ihrem zentrumlich-jüdischen Anhang geführten Schlag ist jedoch ein Schlag ins Wasser. Der bisherige erste Vorsitzende des AStA veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Es mutet eigenartig an, wenn das Auflösungsdekret der Studentenschaft erst dann bekannt wird, wenn der Presse schon vorher davon Mitteilung gemacht worden ist. Der Vorstand der Studentenschaft erfuhr diese Tatsachen auf Grund eines Aufrufes des AStA Freiburg, der seine Informationen durch das W. L. B. erhalten hatte. Nachfrage bei diesem Telegrafbüro ergab, daß dort ein amtliches Schreiben des badischen Kultus- und Innenministeriums vorlag, das Mitteilung von der Auflösung machte. Erst etliche Stunden später erhielt der Vorstand den amtlichen Bescheid durch seine Magnifizenz, den Herrn Rektor der Heidelberger Universität.

Das Ministerium begehrt hiermit einen Akt, der die Verschlagung der studentischen Selbstverwaltung in Heidelberg verfolgt. Schreibt doch das Ministerium, daß es völlig aussichtslos sei, den AStA aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen, da man dort wahrscheinlich den Ausfall dieser Wahlen als eine dem Ministerium noch unangenehmere Lage schaffend, fürchten muß. Deshalb hebt man die studentische Selbstverwaltung vollkommen auf.

Selbstverständlich sind Maßnahmen getroffen, daß der Gegenschlag gegen diese Tat des Ministeriums sofort erfolgen kann. Auch die preußischen Studentenschaften haben sich im Verlaufe der letzten Jahre ohne staatliche Anerkennung als lebenskräftig erwiesen. Ein Geschäftsführender Ausschuss, der bald zur Gründung einer Freien Studentenschaft schreiten wird, hat sich gebildet. Der Ausschuss wird in kürzester Zeit an die Öffentlichkeit treten.

Die Zeitschrift „Der Heidelberger Student“ wird, wie die Schriftleitung mitteilt, von jetzt ab das Organ der Kampfgemeinschaft der nationalen Studentenschaft sein. —

Werbt überall für das Hakenkreuz-Banner!

Bestellungen beim Briefträger und auf der Geschäftsstelle Mannheim, P. 5, 13 a.

Die Oberstaatsanwälte Dr. Kaasch, Dr. Trautmann und Dr. Sturm, sowie der Erste Staatsanwalt Dr. Kramberg hätten sich eher die Zunge abgebissen, als das Wort „Bewährungsfrist“ in ihren Strafanträgen gegen Barmat über die Lippen zu bringen.

Was selbst der Landgerichtsdirektor Dr. Neumann der Öffentlichkeit nicht zu bieten wagte, als er das Urteil verkündete, und was die öffentlichen Ankläger aus beruflicher Überzeugung unterlassen haben dürften, das ist in „monatelangen Verhandlungen“ zwischen den Justizbehörden und Barmat unter Dach und Fach gebracht worden.

Daß die „lange Dauer des Verfahrens“ und die dadurch „verspätete Vollstreckung der Strafe“ eine „über den Strafzweck hinausgehende Härte“ bedeute, ist ein Standpunkt, den zu vertreten bis jetzt noch kein Gericht fertiggebracht hat, und auch in Zukunft kaum fertigbringen dürfte.

Unwillkürlich drängt sich auch hier wieder der Vergleich mit der Behandlung der Femerichter auf. Auch hier haben die einzelnen Strafverfahren jahrelang gedauert. Die Handlungen, die den Femerichtern zur Last gelegt worden waren, sind in den Jahren 1921, 1922 und 1923 begangen worden. Die Durchführung der Untersuchungsverfahren, der Hauptverfahren nahm insgesamt nicht weniger Zeit in Anspruch als die Durchführung des Verfahrens gegen Barmat. Der Gesundheitszustand der angeklagten Femerichter ist erheblich schlechter als der Gesundheitszustand des Herrn Judko Barmat, der trotz seiner angeblichen Leiden imstande gewesen ist, Millionengeschäfte mit dem lettischen und litauischen Staate zu tätigen, zum mindesten schwierige Geschäftsverhandlungen mit der lettischen und litauischen Staatsregierung zu führen. Julius Barmat wird es selbst nicht in Abrede stellen, daß er bei der Schädigung des Reiches um 39 Millionen Mark keineswegs ideale

Zwecke verfolgt, sondern diese Riesensumme zu höchst eigennützigen Zwecken verpulvert hat. Die Femerichter haben, wie es in allen Prozessen festgestellt worden ist, in keinem einzigen Falle aus Eigennutz gehandelt. Es ist vielmehr in allen Fällen vom Gericht festgestellt worden, daß sie die Überzeugung hatten, für die Belange des Reiches eingetreten zu sein. Sie haben somit lediglich aus idealen Beweggründen die Laten vollbracht, die ihnen zur Last gelegt worden sind. Ihnen wird Bewährungsfrist, Strafaussetzung, Begnadigung verweigert, während ein Barmat, der neben der schweren wirtschaftlichen Schädigung des Reiches dessen Ansehen vor der Welt in Schmutz gezogen und mit Füßen getreten hat, strafflos ausgeht.

Hat Barmat Schadenersatzansprüche an den Preussischen Staat gestellt und sind auch diese abgegolten worden? Die Absicht hat er wiederholt ausgesprochen.

Der größte Kriminalprozeß, den die in- und ausländische Kriminalgeschichte kennt, der alle Voraussetzungen erfüllte, eine gründliche Reinigung des Augiasstalles zu werden, in den Deutschland verwandelt worden ist, er endete unter Leitung des Justizministeriums mit einer beklagenswerten Niederlage des deutschen Rechtsgedankens, mit einem vollen Sieg des Triumvirats Barmat-Heilmann-Kuttner.

Ein ungeheurer Aufwand war ohne Nutzen vertan worden, denn es war kein Nutzen, die furchtbare These des Senatspräsidenten a. D. Baumbach furchtbar bewiesen zu sehen:

Die Justiz ist zur Dienerin der Politik geworden.

Die von Barmat ausgegangene Korruption der öffentlichen, der amtlichen und politischen Moral ist sanktioniert worden, dagegen hat sein und seiner politischen Helfer Betrug am deutschen Volk noch keine Sühne gefunden.

„Stahlhelm und Juden in einer Front.“

Unter dieser Überschrift brachten wir in der letzten Nummer eine Notiz, daß der „Stahlhelm an der Reichsgründungsfeier“, an der auch der „Bund Jüdischer Frontsoldaten“ teilnehme, ebenfalls dabei sei. Der Stahlhelm jagte erfreulicherweise ab und bringen wir lokalweise folgende Erklärung des „Stahlhelm“:

„Die Reichsgründungsfeier im Ridelungensaal am 17. Januar ist nicht vom Stahlhelm, sondern vom Rhein-Neckar-Militär-Gau-Verband veranstaltet. Ohne Zusage oder Genehmigung des Stahlhelms hat der R. N. M. G. B. an seine Vereine eine Mitteilung ergehen lassen

„daß auch die außerhalb des R. N. M. G. B. bestehenden Organisationen, wie der Stahlhelm, Jungdo, Ehrenlegion, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten mit den Militärvereinen in einer Front marschieren.“

Der Inhalt dieses Rundschreibens ist vom Stahlhelm und seinem unterzeichneten Vertreter bei der entscheidenden Verhandlung am 14. ds. Mts. ausdrücklich abgelehnt worden, weil die Mitglieder des R. j. F. durchweg schwarz-rot-gelb oder sogar rot eingestellt seien und überhaupt die Jüdischkeit mit die Hauptträgerin des heutigen Systems sei. Der R. j. F. gab diese Struktur seiner Mitglieder zu. Vom Stahlhelm wurde eingewandt, was angesichts dieser Struktur der Mitglieder des R. j. F. der Reichsbund bei einer Feier suche, die ausschließlich unter dem Zeichen schwarz-weiß-rot erfolge. Die politischen Geschäftsträger des R. j. F. seien jetzt gerade wieder dieselben Leute, welche den Rechtspruch des neuen Uniformverbots verkünden. Die grundsätzliche Einstellung des Stahlhelms gestatte kein Abweichen von seiner ihm gegebenen Richtlinie; ein öffentliches Zusammengehen mit einem aus schwarz-rot-gelben und roten Mitgliedern sich zusammensetzenden Verein komme nicht in Betracht, sodas unter den vom R. N. M. G. B. geschaffenen Umständen und außerdem infolge des erneuten Verbots jedes Tragens der Bundestracht der Stahlhelm an der Feier nicht teilnehmen werde“

Frontheil!
Stahlhelm B. d. F.
Ortsgruppe Mannheim.

„Kote“ Briefträger.

Wie uns von einer Abonnentin des „Hakenkreuzbanners“ mitgeteilt wird, machte der Briefträger, der ihre Zeitung überbrachte, Bemerkungen. Er sagte zu der Frau, daß man ein solche Zeitung nicht lesen soll und wollte die Frau zur Abbestellung veranlassen. Wir nehmen an, daß es sich hierbei um einen Einzelfall handelt und werden, falls sich dies wiederholen sollte, energisches Vorgehen gegen derartige Briefträger verlangen.

„Ehrensalut“ für Mannheimerichs Genossen!

Um den Juden-Schandfilm von Kramer-Reguark sich anzusehen, fuhren mit Omnibussen für acht Mark nach Straßburg am 11. Januar die Mannheimer Genossen. Ihren Aufenthalt haben sie damit beschlossen, daß 80 Stück von diesen edlen Knaben sich an einer Trauerfeier beteiligen haben, die im Münster für den Marschall Joffre stattgefunden hat. So geschahen in „Straßburg, der wunderschönen Stadt“! Ist so etwas möglich, wirst Du Dich fragen. Deutscher, laß Dir folgendes sagen: Diesen Kerlen mit dem verdrehten Gehirn gehört ein Brandmal an die Stirn, damit jeder Deutsche, ab Kind oder Greis, beim Anblick eines solchen Helden weiß: Der ist, wenn Du ihn anspeißt, noch vielzusehr geehrt; denn so ein — — — ist nicht Deine Spude wert!
Lynkeus.

Wenn Frankreich lobt . . .

Bismarck sagte einmal: „Wenn mich Frankreich lobt, dann weiß ich, daß ich etwas falsch gemacht habe“ (denn wenn die französische Presse lobt, dann trägt sie gewöhnlich eine Hoffnung zu Grabe). Wir wissen von Briand, dem Aristide, daß er Stresemann „seinen lieben Freund“ benennt, und daß er — oh weh goldenes Gemüt! — seinetwegen auch ein paar Krokodilstränen flennt. Jetzt wird Herr Cartus ein Lob bescheiden; denn das Linksblatt „Deure“ meldet auf Genf: „Frankreich ist mit Curtius sehr zufrieden!“ Da haben wir den Senf!
Lynkeus.

Wer glaubt's?

Herr Finanzminister Dietrich hat versprochen, durch 1931 ohne neue Steuern zu gehn. Wann wird dieses Versprechen wohl gebrochen? Nous verrons, wie der Lateiner sagt. Wir werden sehn.
Lynkeus.

7) In Pommern und Mecklenburg.

Mannheim.

Aus dem Gemeindegabinett!

Im Jahre 1920 hat sich der Mannheimer Stadtrat eine Geschäftsordnung zugelegt. Sie wurde 1926 abgeändert und soll, doch das nur nebenbei, wegen der bitterbösen Nazi jetzt wieder geändert werden. Diese Geschäftsordnung, die sich der Stadtrat selbst aus freien Stücken zugelegt hat, schreibt die Geheimhaltung alles dessen vor, was sich in den Sitzungen abspielt. So konnte denn auch, sehr zum Leidwesen des steuerzahlenden Bürgers, 12 Jahre lang ungestört „gearbeitet“ werden. Man konnte sich alles leisten! Es erfuhr ja niemand etwas! Es war zu schön! Traurig gedenken die Herren Stadt-„väter“ vergangener Zeiten. Die Nationalsozialisten haben ihnen den Spaß verdorben. Sie stellten nämlich fest, daß die Geschäftsordnung des Stadtrates gegen den Sinn und Inhalt der Gemeindeordnung verstößt und haben sofort das Nötige veranlaßt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Mannheimer Bürger einen Anspruch darauf haben, von den von ihnen gewählten Vertretern selbst zu erfahren, was sich dort hinter den verschlossenen Türen abspielt, was und wie gearbeitet wird. Natürlich nur insoweit, als die Gemeindeordnung keine Geheimhaltung vorschreibt. Unser dahingehender Antrag (Hakenkreuzbanner Nr. 3) wurde glatt abgelehnt. Man scheut das Licht des Tages! Die Behauptung, unser Antrag verstöße gegen den Sinn und Inhalt der Gemeindeordnung, stellt direkt eine Irreführung der öffentlichen Meinung dar. Wir Nationalsozialisten lassen aber nicht mehr locker. Wir werden den Herrschaften die Maske vom Gesicht reißen. Wie verlogen diese Gesellschaft ist, geht daraus hervor, daß sie in ihren Schmierblättern schreiben, die Naziwähler wären von ihrem Fimmel bald geheilt, wenn sie die Nazi-Stadträte einmal bei der Arbeit sehen könnten! Jetzt kneifen die Brüder! Sie lehnten nämlich unseren Antrag ab. So sind aber diese Bonzen: dum m, frech, verlogen und feige!

Noch einiges zu unseren anderen ebenfalls abgelehnten Anträgen (Hakenkreuzbanner Nr. 3).

Verträge wirtschaftlicher Natur zwischen Stadträten und Stadtverordneten und der Stadt sollten öffentlich bekannt gegeben werden, damit auch nicht der — Schein bestehen kann, als wenn die Stadt-„väter“ ihr Amt zur persönlichen Bereicherung mißbrauchten. Aber soviel Reinlichkeitsgefühl besitzt der Stadtrat nicht.

Der Stadtrat kostet die Mannheimer Bürgerschaft jährlich allein an Stadtratsblättern das nette Sümmchen von 24 mal 2400 RM = 57600 RM!

Die Kommunisten begründeten ihre Ablehnung unseres Antrages auf Kürzung der Stadtratsbezüge damit, daß dann künftig nur wohlhabende Bürger Stadträte werden könnten. Das ist jedoch schlimmste Demagogie! Denn den Stadträten sollte selbstverständlich ihr reiner Verdienstausfall ersetzt werden. Die Ansicht, daß dann andere Stadträte wahnsinnige Entschädigungen verlangen würden oder könnten, ist aber auch nicht haltbar; man bräuhete nämlich solche Forderungen nur in den Zeitungen zu veröffentlichen und diese Herrschaften würden bald sehr bescheiden werden. Na, einstweilen haben wir's ja, wenn auch diese 57600 RM für die Katz sind. Oder hat noch jemand Zweifel?

Der jetzt bestehenden Sitzordnung hatten die Nationalsozialisten feinerzeit zugestimmt, weil sie damals noch so naiv waren, anzunehmen, daß im Stadtrat und im Bürgerausschuß sachliche Arbeit geleistet würde. Wir waren von diesem Wahn sehr rasch geheilt! Im Stadtrat und demnach auch im Bürgerausschuß wird zur Zeit nur nach parlamentarischen Methoden gewirtschaftet. Dann können wir aber auch parlamentarische Sitzordnung verlangen! — Wir werden sie trotz Ablehnung erzwingen! Hierzu ist uns jedes Mittel recht, auch Leerlauf und Obstruktion!!

Der Unfug des Freikartenspiels stinkt zum Himmel! Gleichwohl denken die Herrschaften nicht daran, auf Vergnügen zu verzichten. Besser wäre es schon, sie würden etwas mehr arbeiten und etwas weniger sich amüsieren!

Unser Schächtungsantrag wurde mit allen gegen unsere Stimmen abgelehnt. Auch die Herren des kathol. und evang. Zentrums stimmten also für die Tierquälerei! Wie heißt es doch: „Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes!“ Ja, denken wir, der Gerechte

Die Gehälter von Oberbürgermeister, Bürgermeistern und städt. Direktoren findet der Stadtrat ganz in Ordnung. Die 4 Bürgermeister bekommen doch jährlich nur 110 000 RM. Wir haben's ja. Und die hohen Herren verzichten doch ab 1. Februar auf 6% ihrer Bezüge. Wie rührend! Sie werden uns wahrhaftig noch verhungern! — Auch die Herren Kommunisten stimmten nicht für unseren Antrag! Er war ihnen anscheinend nicht weitgehend genug. Nun, Herr Lechleiter, hat ja seine eigene Ansicht über Politik. Ob sie in Moskau gebilligt wird?

Die Streichung der dritten und vierten Bürgermeisterstelle paßte den Herren auch nicht. Es bestünden doch Dienstverträge! Das wußten wir. Man hätte aber unserem Antrag zustimmen können, wenn er auch zur Zeit aus juristischen Gründen nicht zur Auswirkung gekommen wäre. Die Bürgerschaft jedenfalls hätte die Erklärung begrüßt, daß man bei der heutigen Notlage der Stadt keine 50 000 RM für den 3. und 4. Bürgermeister auszugeben gewillt ist. Man würde außerdem heute genügend Leute finden, die für 4000 oder 6000 RM ehrenamtlich diese Stellen versehen würden. Es ließen sich bestimmt genügend Fachleute finden. Der Stadtrat arbeitet doch auch ehrenamtlich und gleichwohl bezieht jedes Mitglied 2400 RM jährlich.

Auf die Einstufung der städt. Beamten und Angestellten kommen wir später noch zurück. Die Ablehnung unseres Antrages war uns von vornherein klar. Man läßt einen Fremden doch nicht in die intimsten Familienangelegenheiten Einblick nehmen. Wir kommen trotzdem hinter ihre Schliche, meine Herren von der schwarzen und roten Internationale! nur noch ein wenig Geduld!

Unser weiterer Antrag wegen der Parteibuchbeamten liegt den Herrschaften besonders schwer im Magen. Wir werden in der nächsten und den folgenden Nummern unserer Zeitung mit der Liste von Parteibuchbeamten an die Öffentlichkeit treten. Einstweilen danken wir der Stadtverwaltung für die freundliche Unterstützung, die sie uns durch die Veröffentlichung unseres Antrages angedeihen ließ! Es sind uns seit dieser Zeit noch mehr Parteibuchbonzen bekannt geworden!

Was die Milchzentrale anbetrifft, so haben wir 2 von unseren Anträgen vorläufig zurückgezogen, und einen neuen gestellt, den wir an anderer Stelle veröffentlichen. Wir stellen hier gerne fest, daß der techn. Betrieb der Milchzentrale mustergültig ist, und daß die Mannheimer mit vollkommen einwandfreier Milch versorgt werden. Das Gegenteil haben wir bekanntlich auch nie behauptet. Was die gegen die Milchzentrale erhobenen Vorwürfe anbetrifft, so werden wir zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

Eine eigenartige Vertrauenskundgebung des Stadtrates. Mißwirtschaft Gott bewahre!

In seiner letzten Sitzung hat der Stadtrat Erstaunliches auf dem Gebiete der Ablehnung unserer Anträge geleistet. Der geistige Höhepunkt der Sitzung war aber zweifellos erreicht, als der Stadtrat sich selbst das Vertrauen aussprach. Wie einfach und schlicht und überzeugend! Man sollte gerechterweise den Herrn Zimmermann von der SPD. für seinen Geniestreich zum Ehrenbürger von Großmannheim ernennen. Sie haben das unsterbliche Verdienst, Herr Zimmermann, die Mißwirtschaft in Mannheim abgeschafft zu haben. Es war Ihnen anscheinend aber doch nicht ganz wohl, als Sie sahen, daß die bösen Nazi forderten, daß der Herr Oberbürgermeister Ihren Antrag veröffentlichen solle. Sie konnten einem beinahe leid tun, so belämmert saßen Sie auf einmal da. Ja, Sie ließen es widerspruchslos geschehen, daß „christliche“ Hände Ihren Antrag noch etwas zu recht feilten! Zuerst waren Sie so begeistert von Ihrem Geistesprodukt und hernach so betriibt. Warum? War Ihnen mittlerweile ein Seifenfieder aufgegangen? Also, Strafe muß sein, und das nächste Mal etwas vorsichtiger!

Was der Mannheimer neben vielem anderen als Mißwirtschaft bezeichnet:

Den Bau des völlig unnötigen städt. Hotels und die Verschleuderung von 5 Millionen (zwar schon alt, aber unvergessen).

Den Bau des Planetariums, der Ausstellungshallen, der Oberbürgermeistervilla, wodurch weitere Millionen zum Fenster hinaus geworfen wurden.

Den Abschluß des Pachtvertrages über das städt. Hotel, kurz vor den Neuwahlen, wodurch das ortsansässige Hotelgewerbe schwer geschädigt wurde.

Daß der Oberbürgermeister 32 000, der 2. Bürgermeister 28 000, der 3. und 4. Bürgermeister je 25 000, der Generaldirektor der Straßenbahn 30 000, der Generaldirektor der städt. Werke 31 000 RM Gehalt beziehen.

Daß der Herr Bürgermeister Bächner ein zinsloses Baudarlehen (Arbeitgeberdarlehen) in Höhe von 25 000 RM von der Stadt erhielt.

Daß das rote und schwarze Parteibuch in Mannheim herrscht.

Daß die Stadt eine Masse Doppelverdiener beschäftigt.

Genügt das für heute?

Weitere Anträge unserer Stadtratsfraktion.

Die durch den Zwangskommissar eingeführte Bürgersteuer wird von den Mannheimer Notstandsarbeitern nicht erhoben. Stehen dem gesetzliche Vorschriften entgegen, so gehen diese Beträge zu Lasten der Stadt Mannheim.

Beträge, welche Baudarlehennehmern als Kanalbau- und Straßenherstellungskosten vom Darlehen einbehalten werden, werden solange auf ein Sperrkonto des betr. Darlehensnehmers gestellt, bis mit den Arbeiten begonnen wurde.

Die Direktion der städt. Milchzentrale hat sich bereit erklärt, den Preis der Flaschenmilch, welche an die hiesigen Schulkinder geliefert wird, um 2 Pf. pro Liter zu senken und eine baldige weitere Senkung bis zum Selbstkostenpreis in Aussicht gestellt. Da die Verbilligung dieser Milch um 2 Pf. pro Liter, d. i. um 0,4 Pf. pro Flaschen, zu Gunsten der Verbraucher aus techn. Gründen zur Zeit nicht durchführbar ist, wird die städt. Milchzentrale pro Liter verkaufter Flaschenmilch 2 Pf. dem städt. Fürsorgeamt überweisen. Der Stadtrat beschließt, die dadurch zur Verfügung stehenden Beträge (es handelt sich um 60—80 RM pro Tag) wie folgt zu verwenden:

Kindern unter 6 Jahren bedürftiger Eltern werden pro Tag 1/2 Liter Milch unentgeltlich abgegeben. Eine Anrechnung auf laufende Fürsorgeunterstützung darf nicht stattfinden.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß trotz der feinerzeitigen Verfügung des Herrn Oberbürgermeisters heute noch sog. Doppelverdiener bei der Stadt oder in Betrieben, an denen die Stadt maßgebend beteiligt ist, beschäftigt sind. Da dieser Zustand in der heutigen Zeit, wo tausende von Mannheimer Bürgern, darunter zahllose Familienväter, keine Existenz besitzen, jedem sozialen Empfinden Hohn spricht, wolle der Stadtrat folgendes beschließen:

- a) Sämtliche Frauen städt. Arbeiter, Angestellten und Beamten, welche bei der Stadt oder in Betrieben, an denen die Stadt maßgebend beteiligt ist, oder in Gesellschaften, denen die Stadt Zuschüsse gewährt, beschäftigt sind, sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu entlassen. Im letztgenannten Falle des Doppelverdienens, gegebenenfalls unter Androhung der künftigen Streichung der städt. Zuschüsse.
- b) Sämtliche bei der Stadt oder in unter a) genannten Betrieben oder Gesellschaften beschäftigte Frauen von Männern, deren eigenes Einkommen für den Unterhalt der Familie als ausreichend zu betrachten ist, sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu entlassen.
- c) Als Doppelverdiener im Sinne von a) und b) gelten auch Töchter von Vätern, deren Einkommen gerechterweise für den Unterhalt der Familie als ausreichend betrachtet werden kann. Auch für sie gilt das unter a) und b) genannte.
- d) Die durch Befreiung der Doppelverdiener frei werdenden Stellen sind mit Personen zu besetzen, die mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage und ihre Eignung als würdig befunden werden.
- e) In den unter a), b) und c) genannten Fällen entscheidet bei Vorliegen besonderer Verhältnisse zur Vermeidung von Härten der Stadtrat.
- f) Bis auf weiteres keine der obengenannten Doppelverdiener neu zu beschäftigen.

Kein städt. Angestellter und Beamter darf eine nebenamtliche Tätigkeit im Vorstand oder in der Verwaltung einer Gesellschaft, einer Krankenkasse, eines Vereins, einer Stiftung oder dergl. gegen Bezahlung ausüben. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Stadtrates.

Leerlauf und Obstruktion im Stadtrat?!

Wir veröffentlichen hier die Erklärung, welche unsere Stadträte in der Stadtratsitzung vom 22. ds. Mts. abgegeben haben.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 14. Januar die Verteilung der Aufsichtsratsitze bei verschiedenen Gesellschaften, bei denen die Stadt Mannheim beteiligt ist, vorgenommen. Dabei herrschte von vornherein Übereinstimmung, daß die Verteilung an die verschiedenen Parteien nach dem Proporz vorgenommen wird, wie es bisher und ausnahmslos bei der Besetzung duzehnder von Ausschüssen gehandhabt wurde.

Bei der Besetzung des Aufsichtsrates der städt. Reklamegesellschaft besaß der Stadtrat die Unverfrorenheit, den den Nationalsozialisten auf Grund des Proporz zuzustehenden Sitz durch Mehrheitsbeschluß einem Vertreter der bürgerlichen Vereinigung zuzuteilen.

In dieser durch nichts zu rechtfertigenden Handlungsweise erblicken wir nationalsozialistischen Stadträte eine beabsichtigte Kränkung unserer Fraktion.

Unser Antrag auf Einführung einer der Gepflogenheiten des parlamentarischen Systems entsprechenden Sitzordnung im Stadtrat und im Bürgerausschuß wurde vom Stadtrat abgelehnt, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wurde, die Ablehnung zu begründen.

Die Nationalsozialisten erheben gegen solche, jeder Gerechtigkeit hohnsprechenden Methode schärfsten Protest. Unsere Fraktion wird Mittel und Wege finden, ihre berechtigten Ansprüche durchzusetzen. Wir sind zu sachlicher Mitarbeit im Stadtrat bereit, müssen aber die Verantwortung für die Zustände ablehnen, die sich aus unserer Abwehr ergeben.

Herausgeber und Verleger: Karl Lenz, M. d. R. für den Gau Baden. — Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Karl Lenz, M. d. R., Heidelberg. — Für Inserate: Otte Heller, Mannheim. Buchdruckerel: Schmalz & Paschinger, Mannheim.

zeitung
in welch
bund be
Freiheit
will dar
bund d
stören
eine B
Ziele je
gens S
verein
mit sei
Führer
es wäre
schade d
mit Ih
in den
ihr „F
fein? S
Verzeih
in Heid
Lehrer
Do
wollten
Lehrer
sind ein
Folglich
der NS
sächlich
Partei.
nichts d
keinen
und für
ständig
und un
genügt
auf
In
Banner
sehr be
naulle
Di
ist es
zu gewi
ist. W
Mann
wir ein
lungen.
in unse
barkeit
gegenf
unterst
legenhe
An
nationa
Hierl,
um den
weden
haben
nicht e
bruar
Republ
eine el
immer
nichtko
als pol
W
(Tisch
„A
Silber,
sie sind
wie ma
auch tr
Gold u
Der
wo

Nährstand, Lehrstand, Wehrstand

N.-S.-Lehrerbund.

Der Demokrat Hofheinz regt sich in seiner Schulzeitung über ein Rundschreiben an Nat.-soz. Lehrer auf, in welchem diese aufgefordert werden, dem N.-S.-Lehrerbund beizutreten, und so mitzukämpfen für Deutschlands Freiheit. Er drückt dieses Rundschreiben sogar ab und will damit beweisen, daß wir durch unseren N.-S.-Lehrerbund den bad. Lehrerverein unterwählen, ja sogar zerstören wollten! Hu, mich schauderts! — Aber das ist ja eine Beleidigung Herr Hofheinz! Wissen Sie, solche Ziele setzen wir uns nicht, wir wollen viel mehr! Abriegen Sie verwechselt auch die Personen. Vom Lehrerverein will niemand etwas. Wenn der so weiterfährt mit seinen „alten, bewährten“ und sogar „neutralen Führern“, dann geht er von selber zu Grunde. Aber es wäre schade um ihn. Jawohl, Herr Hofheinz, es wäre schade darum: nicht dem Lehrerverein gilt, sondern Ihnen, mit Ihrer „statutarisch verbürgten Neutralität!“ — Ja, in den Statuten steht! „Der Verein ist neutral und ihr „Führer“ ist auch neutral.“ Wer wird daran zweifeln? Herr Hofheinz ist nur im Landtag Demokrat — Verzeihung — Daitischer „Staats“partei. Im Stadtrat in Heidelberg, da war er auch Staatspartei; aber im Lehrerverein, — Gott bewahre —, da ist er neutral!

Doch nun zum N.-S.-Lehrerbund. „Er“ meint, wir wollten mit Kanonen auf einen — sagen wir mal — Lehrerverein schießen. O, nein, wir wollen mehr! Wir sind eine

Unterorganisation der NSDAP.

Folglich sind unsere Ziele identisch mit dem Programm der NSDAP. Nur richten wir unser Augenmerk hauptsächlich auf die kulturpolitischen Forderungen unserer Partei. Und unser Schulprogramm? — Wir können nichts dazu, wenn Sie's nicht kennen! Wir legen auch keinen besonderen Wert darauf, ob Sie es anerkennen und für gut halten oder nicht. Das deutsche Volk bestätigt uns von Tag zu Tag, daß es unserem Können und unserem Charakter Vertrauen schenkt. Und das genügt uns. Auf Ihre Meinung können wir verzichten. Heil!

Das Hakenkreuz auf der Mannheimer Hochschule.

Auch an der Handelshochschule Mannheim steht das Banner, was die Freunde des herrschenden Systems sehr bedauern. Schon mehrmals gaben wir der Journalle Anlaß zu einem Wutgeheul, über das wir lachen.

Durch intensive Kleinarbeit von Mund zu Mund ist es uns gelungen, eine Reihe begeisterter Kameraden zu gewinnen. Aufgenommen wird jedoch nur, wer würdig ist. Wir bilden eine geschlossene Gruppe, die Mann für Mann hinter dem Führer steht. Jede Woche veranstalten wir einen Sprechabend oder besuchen andere Versammlungen. Unsere Sprechabende festigen uns nicht nur in unserer Weltanschauung und bestätigen die Unhaltbarkeit des herrschenden Systems, sie bringen uns auch gegenseitig näher. In echt kameradschaftlichem Geist unterstützen wir uns gegenseitig auch in Studienangelegenheiten.

Auf unser Betreiben sprach in diesem Semester der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, Herr Oberst Hierl, in einem Hochschulgebäude über Wehrprobleme, um den Wehrwillen in der deutschen Studentenschaft zu wecken und zu stärken. Für den Rest des Semesters haben wir noch allerlei geplant, was wir hier noch nicht erzählen können. Für die Afa-Wahlen im Februar sind wir gerüstet. Vielleicht hat die Vereinigung Republikanischer Studierender diesmal auch den Mut, eine eigene Liste aufzustellen. Vielleicht glaubt sie aber immer noch, daß sie besser unter der Flagge der „Freien nichtkorporierten Studentenschaft“ segelt, denn diese gilt als politisch neutral.

Wir werden für Aufklärung sorgen!

Nationalsozialistischer Studentenbund.
Hochschulgruppe Mannheim.

Luther über die Juden.

(Lutherreden 2926, Erlanger Ausgabe Bd. 62, S. 176).

„Der Odem stinkt Ihnen nach der Heiden Gold und Silber, denn kein Volk unter der Sonnen geiziger, denn sie sind geweest ist, noch sind, und i m e r f o r t b l e i b e n, wie man siehet an ihrem verfluchten Wucher, und sich auch trösten, wenn ihr Messia kömmt, soll er aller Welt Gold und Silber nehmen und unter sie teilen.“

Der Nationalsozialist verkehrt nur in Lokalen, wo nationalsozialistische Zeitungen aufliegen.

Berlin, 23. Januar 1931.

Im Trommelfeuer der Berliner Journalle.

Kurz vor Weihnachten flaute der Pressefeldzug der Roten und der Häuser von Ullstein und Mosse ab. Jetzt aber mit Beginn des neuen Jahres bricht die Hege der jüdischen Journalle mit einer Heftigkeit aus, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Schlagzettel, ganze Seiten Text handeln von den übelsten Lügen und Gemeinheiten, die man gegen die „Nazi“ vorbringt. Besonders auffallend ist, daß die Hege von einer Stelle geschickt inszeniert wird und dann in etwas motivierter Form in die Spalten der Zeitungen der KPD, SPD, oder Ullstein und Mosse kommt. Die Drahtzieher der internationalen Verschwörung, die Totengräber Deutschlands arbeiten fieberhaft, kein Mittel ist ihnen zu schlecht, um die verhassten Nazis in der Öffentlichkeit als gemeine Verbrecher und Kowdies hinzustellen.

Tag für Tag, Stunde um Stunde werden Berliner S.-A.-Kameraden und Parteigenossen feige von in der Überzahl befindlichen verhassten Kommunisten und Reichsbannerleuten einzeln überfallen und viehisch mißhandelt, die Asphaltpresse schweigt, — es sind ja Nazi —, wird jedoch in der Notwehr einer jener „Helden“ erschossen, so geistert die Journalle Gift und Galle. Die Einheitsfront erstreckt sich dabei von der „Roten Fahne“ bis zur „Berliner Morgenpost“, dem Erzeugnis Ullsteins, das heute noch über eine ungeheure Auflage verfügt, weil deutsche Volksgenossen glauben, mit dem „Wählen“ wäre es getan und nicht die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wie politisch instinktvoll der „nationale“ Bürger ist, konnte ich bei einem Besuch des Hauses Mosse beobachten. Dieser Verlag gibt das „Achtuhr Abendblatt“ heraus, eines der gemeinsten und schmutzigsten in der Hege gegen den Nationalsozialismus. Dieses Erzeugnis kam ehemals unter der Flagge „Nationalzeitung“ heraus, da nun „auch jetzt“ nationale Bürger ihre „Nationalzeitung“ behalten wollen, bekommen sie das Schmierblatt „Achtuhr Abendblatt“ nun eben mit dem anderen Kopf „Nationalzeitung“. So treibt die jüdische Journalle mit den Deutschen Schindluder.

Besonders rührig im Kampfe gegen den Nationalsozialismus zeigt sich das Verlagsunternehmen des Millionärs und Arbeiterführers Willi Münzenberg, M. d. R. der KPD. Zur Zeit ist es in Berlin Mode, Preisausreden und Diskussionen über politische Dinge zu veranstalten, wobei die sprichwörtlich gewordene jüdische Angst geradezu groteske Formen annimmt. Die Herren auf den Redaktionen scheinen sich in ihrer Haut nicht wohl zu fühlen, denn warum diese große Nervosität, das ewige Fragen, werden Köpfe rollen, wie sieht das dritte Reich aus, was haben wir vom dritten Reich zu erwarten, nur keine jüdische Haß, es wird alles erledigt!

So veranstaltet nun Münzenbergs „Welt am Abend“ eine Aussprache, die pompös angekündigt wurde, über: Was haben wir vom dritten Reich zu erwarten, wer macht das Rennen, Sozialismus (vorsichtig ausgebrückt) oder Faschismus? Bei dieser Gelegenheit waren die Herren „Antifaschisten“, trotz ihrer sonstigen Gerissenheit etwas unvorsichtig, denn die ganze Einheitsgesellschaft gegen den Nationalsozialismus hat sich entlarvt und wir sind dafür dankbar. Und siehe da, wer beteiligt sich an der Aussprache der Einheitsgesellschaft gegen den Nationalsozialismus, es sind illustre Namen von echt jüdischem Klang, große Zugnummern des heutigen Systems, Salondemokraten des Hauses Mosse und Ullstein, daneben einige Pfundrüder der sozialdemokratischen Bonzen und Intellektuellenwelt, und Ende gut, alles gut, die „bewußten Klassenkämpfer“, Willi Münzenberg, M. d. R., und Stöcker, M. d. R., seines Zeichens Hauptschreiber der kommunistischen Fraktion. Diese Halorie antifaschistischer Köpfe von Heinrich Mann, Bert Brecht, Alfred Kerr, Feuchtmanger, Kurt Weill über L. v. Brütano bis Stöcker ist wert, der Nachwelt überliefert zu werden. Wir aber nehmen uns die Freiheit und stellen eine Frage, die an den gesunden Menschenverstand sich richtet und lautet: Arbeiter, merkst Du etwas, wohin der Weg, den Dir Deine „Arbeiterführer“ zeigen, hingeht?

Scheinbar hat der Kampf gegen die Nazis der „Welt am Abend“ viel Geld gekostet, denn sie ist aus der Druckerei der „Roten Fahne“ ausgeschieden und druckt nun ihr Blatt bei einer billigeren Druckerei. Im Hause Karl Liebknechts darob großes Durcheinander. Schon wimmert die „Rote Fahne“ so etwas von Treue der klassenbewußten Arbeiter, die verhindern werden, daß das Zentralorgan ihr Erscheinen einstellt und vergießt dabei Krokodilstränen. Tatsache ist, daß die Löhne bei der „Roten Fahne“ bedeutend herabgesetzt worden sind, sodas, da die Arbeiter mit diesen Hungerlöhnen nicht auskommen, streikten. Streik bei der „Roten Fahne“, klingt das nicht sonderbar, das ist Theorie und Praxis des Kommunismus. Außerdem wurden viele Arbeiter auf die Straße geworfen, da die Arbeitszeit verlängert wurde.

Nirgends tobt der politische Kampf mehr, nirgends wird mehr Druckerwärme und Geld verwandt für den Kampf gegen den Nationalsozialismus, wie in Berlin. Lüge und Verleumdung prasseln auf die Nationalsozialisten hernieder; in eiserner Ruhe, Disziplin und Geschlossenheit unter Führung des bewährten und allseits beliebten Gauführers Dr. Göbbels steht die Berliner S.-A. und Parteigenossenschaft Gemehr bei Fuß und harret der Dinge, die da kommen werden.

Das Jahr 1931 wird das Jahr der Entscheidungen sein, mag kommen was da mag, der Nationalsozialismus wird siegen, denn hinter ihm stehen die kampftüchtigen Formationen des erwachten Deutschlands.

W. B.

Die „lebendige“ Stadt aus der Vogelperspektive.

Seit einigen Tagen sieht man über Mannheim ein Reklameflugzeug der Firma Leonhard Monheim, Nachen, Herstellerin der bekannten Trumppfchokolade. Es ist dringend notwendig darauf hinzuweisen, daß es sich bei dieser Firma um ein rein deutsches Geschäftsunternehmen handelt, welches sich aus kleinen Anfängen heraus zu dem heutigen bedeutenden Unternehmen ohne Unterstützung fremden Kapitals bei einem Arbeiterstand von ca. 1500 Mann emporgearbeitet hat. Für die Mannheimer Schokoladenfreunde wird das von besonderer Wichtigkeit sein.

Der Chefpilot dieser Firma, Herr Karl Friedrich Röder, ein erfahrener Kampfpiloter aus dem Weltkrieg und Frontkamerad unseres Pg. Göring, M. d. R., hatte die Freundlichkeit, uns zu einem Fluge einzuladen.

Auf dem Flugfelde angekommen, stand die Maschine, eine Fokker-Wulf bereits startbereit. Kurze Anweisungen, Einzeichnen in die Passagierliste und dann Platz genommen. Kurzes Anlaufen der Maschine am Stand, damit der Motor warm wird, Hemmschuhe weg, Gas drauf und schon läuft das Flugzeug über den Platz. Mit einem Tempo von ca. 100 bis 120 Stdkm. steigt der metallene Vogel in die Höhe, für uns ein erhabener Moment. Zum ersten Male losgelöst von der Erde, ein eigentümliches, doch nicht ängstliches Gefühl, obwohl wir kurz vorher dem „Völkischen Beobachter“ einen Bericht über ein Flugzeugunglück in München entnommen hatten. Aber die Sicherheit des Piloten läßt wie gesagt derartige Gedanken garnicht aufkommen.

Immer höher schraubt sich in steilen Serpentina die Maschine über den Flugplatz, Herr Röder öffnet die Tür vom Führersitz in die Kabine und sieht nach dem Befinden seiner Schützlinge — aber nur freudig erregte Gesichter kann er feststellen — anscheinend befriedigt schleift er wieder.

Es geht zunächst über Seckenheim, Feudenheim nach Rheinau. In ca. 280 Meter Höhe erscheinen die Menschen wie Bleifoldaten, die Eisenbahnanlagen wie Kinderspielzeug, die Häuser gleichen Miniaturen, kurz, man fühlt sich wie im Lande der Liliputaner. Eine klare Sicht ist über Mannheim, das wir kurz darauf überfliegen. Die Verkehrsplätze, wie Hauptbahnhof, Wasserturm und Paradeplatz, bilden einen wunderbaren Anblick, schöner als wenn man sich dort selbst bewegt. Ein kurzer Besuch gilt der Nachbarstadt Ludwigshafen, den rauchigen Kaminen der S. O. Farbenindustrie, dem deutschen Rhein, auf dem „Rußschalen“ tausende von Zentner Güter transportieren, und schon geht es zu unserem Leidwesen zurück auf dem Flughafen. Der Motor wird abgedrosselt und in noch schrägeren Serpentina geht es dem Landungsplatz zu. Ein leichter Stoß, kurzes Auslaufen und schon steigen wir beglückt von dem Erlebnis aus der „Riste“, wie die Fachbezeichnung lautet, direkt in die Arme des Fotografen.

Herr Mohr, der stellvertretende Leiter des Mannheimer Flughafens, zeigt uns dann noch die Einrichtungen des Mannheimer Flugamtes. In moderner Vornehmheit ist alles eingerichtet, Polizei und Post an Ort und Stelle. Der Laie merkt jetzt erst wie für die Sicherheit der Passagiere Sorge getragen wird, der Pilot bekommt vor jedem Aufstieg genaue Angaben über Sicht, Nebel und Windstärke, Witterung etc., die empfindlichsten Registrierapparate sind vorhanden. Direkte Telefonverbindungen bestehen mit den Flughäfen Frankfurt und Karlsruhe, sodas in einer Minute mit diesen telefonisch gesprochen werden kann.

In der Flugzeughalle steht noch eine alte Kriegsmaschine, welche manchen harten Strauß mitgemacht haben wird, heute aber den Verhältnissen nicht mehr entspricht. Des Weiteren eine offene Klemmaschine und das 3. St. kleinste Flugzeug, Fabrikat Raab-Kagenstein.

Hochbefriedigt danken wir für das Entgegenkommen der Herren Röder und Mohr. Wir hoffen bald wieder Gelegenheit zu einer solchen Sprichtour zu bekommen, denn mit dem Essen kommt bekanntlich der Appetit.

Der Nationalsozialist tätigt seine Einkäufe nur in deutschen Geschäften.

Aus der Rheinebene

Die Oberbürgermeister-Billa.

Ein Kapitel über Marxismus.

Die Brutalität, mit der dem Steuerzahler die letzten Groschen abgepreßt werden, wird nur noch übertroffen von der Sinnlosigkeit, mit der die öffentlichen Mittel vergeudet werden.

Leider bietet Mannheim ein geradezu klassisches Beispiel. Wenn irgendeine Stadt im ganzen Reich, so hat Mannheim Anlaß zur äußersten Sparjamkeit. Es hat durch den Schandvertrag von Versailles, der Baden zum Grenzland macht, wertvolles Absatzgebiet verloren. Auch die Pfalz wurde durch die Besetzung abgeschnürt, die Mannheimer Schifffahrt, Industrie und Handel liegen darnieder.

Nicht die Förderung des Wohles der ganzen Nation ist das Ziel der Partei, die kein Vaterland kennt, sondern — dies haben die sozialdemokratischen Parteitheoretiker immer wieder betont — lediglich die Besserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse. Dient diesem Zweck etwa das Planetarium? oder soll vielleicht der enttäuschte Arbeiter nach dem völligen Zusammenbruch des roten Systems, das Marxisten-Utopien in den Sternen suchen? Dafür, daß Herr Professor Feuerstein, der doch sicher Genosse ist, da er ja die Frucht dieser bitter entbehrten, zeitgemäßen Einrichtung genießt, Semi-Monologe darin hält, ist die Sache doch etwas kostspielig.

Die „zwingenden“ Gründe, die zum Bau des „Palasthotels“ geführt haben, werden nächstens im Zusammenhang aufgeführt werden. Für heute nur so viel, daß dem Vernehmen nach die Bezeichnung „Palasthotel“, da sie einen reaktionären Beigeschmack habe, geändert werden soll in „Palasthotel“; da die Umbenennung den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt, wird nichts dagegen einzuwenden sein.

Herr Heimerich hat in einer Neujahrsbetrachtung erklärt, daß in diesem Jahr gespart werden müsse. Er hat an einem einzigen Beispiel nachgewiesen, wie energisch dies bereits geschehen ist: Die Zeitungsabonnements der Handelshochschule werden abbestellt. Dieser Beweis eiserner Sparjamkeit wird uns die Geduldsproben, denen wir unter der zielbewußten Führung des Herrn Heimerich vorläufig noch entgegensehen, leichter ertragen lassen. Er sprach mit größter Genugtuung davon, daß die Ausstellungshalle den ganzen Winter über an einen Tennisclub vermietet sei. Ist sie etwa schon von Anfang an für diesen Zweck gebaut worden? Der allbewährte Kadaver-Gehorsam der sozialdemokratischen Wählermasse bürgt dafür, daß kein Widerspruch erfolgt. Dann spricht Herr Heimerich davon, daß er sich nach Kräften bemühen werde, das Glend zu lindern. Seine Kräfte seien aber schwach. Wir glauben, daß seine Kräfte hierzu schwach sind. Vielleicht ist er auch von Natur etwas willensschwach gegenüber den Einwirkungen der Leute hinter den Kulissen. Daß aber seine Kräfte, den Stadtsäckel zu erleichtern und seine persönlichen Interessen stark genug

sind, sehr stark sind, beweist die Geschichte der Oberbürgermeister-Billa.

Die Villa Reiß wurde von den Geschwistern Reiß, welche Ehrenbürger der Stadt Mannheim waren, testamentarisch der Stadt Mannheim überlassen. Es ist ein altes Patrizierhaus, das sowohl dem Umfang, als auch der Einrichtung nach durchaus geeignet war, den Sitz des Mannheimer Stadtoberhauptes zu bilden. Der letzte Oberbürgermeister Mannheims, Herr Kuger, hat auch vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1928 darin gewohnt. Auch für den neuen Oberbürgermeister, Herrn Heimerich, war vorgesehen, daß er dort seine Wohnung beziehen sollte. Da er einwandte, daß das Haus zu groß sei und ihm dadurch mehr Belastungen an Personal etc. entstünden, auch seine Möbel nicht hineinpaßten, so wurde ihm pro Jahr ein besonderer Zuschuß von RM 4000.— zugestanden. Aber diese RM 4000.—, die allerdings bei den Gesamtbezügen des sozialdemokratischen Oberbongens keine besondere Rolle spielen, wird noch zu reden sein.

Der zweite Akt dieser Tragik-Komödie, deren Kosten die Mannheimer Steuerzahler zu tragen haben, beginnt nun damit, daß es hieß, das Haus ist in dieser Verfassung ungeeignet. Es seien große Umbauten nötig, deren Kosten auf RM 75 000.— veranschlagt worden sind. Nachdem man einmal soweit war, trat man mit dem Pländchen hervor, das man bisher im Hintergrunde gehalten hatte. Man erklärte, es sei schade, eine solche Summe, für die man etwas neues haben könne, in ein altes Gebäude hineinzustecken. Ein Neubau könne auch nicht mehr wie RM 100 000.— kosten. Die „Volkspartei“ behauptet aber nun, vermutlich auf Betreiben des Herrn Ludwig, der da baut für Gerechte und Ungerechte, für RM 100 000.— könne man nichts Geheiteres bauen, man müsse mehr anlegen. So kam man endlich auf RM 150 000.—. Die tatsächlichen Kosten, über die noch keine Rechnung vorgelegt ist, werden wohl etwas höher sein. Dabei ist der Grund und Boden, der eigenes Gelände der Stadt ist, nicht in Anschlag gebracht. Das einzig beruhigende, wenigstens für Herrn Heimerich, ist, daß er weit von den Stadtteilen wohnt, in denen seine Wähler in sicherlich wenig feudalen Verhältnissen zu wohnen gezwungen sind, und daß die Oststadt, die zum größten Teil orientalischen Charakter trägt, einen besseren Rahmen abgibt für Volkführer vom Schlage des Herrn Heimerich, als Arbeiter, deren mühsam erworbene Groschen er zu einem Prunkbau in Zeiten größter Notlage mißbraucht hat.

„Fridericus“ und die RMZ.

Der „Fridericus“ geist dem Kurt Fischer von der „Neuen Mannheimer Zeitung“, seines Zeichens Redakteur, seine Meinung wie folgt:

„Chefredakteur Fischer von der „Neuen Mannheimer Zeitung“. Hören Sie mal, Fischer, Sie hohlen Ihren Lesern vor, Ihr Blatt sei deshalb nicht auf die berechtigten Vorwürfe eingegangen, die gegen die

Deutsche Bank erhoben wurden, weil Sie vom „Fridericus“ erhoben wurden und der „Fridericus“ ein Blatt sei, das als „unlautere Quelle“ angesprochen werden müsse.

Wir haben Sie bereits einmal wegen dieser Verleumdung geohrfeigt und ersucht, den Beweis für Ihre Behauptungen aufzubringen. Das haben Sie natürlich nicht gekonnt, da Sie ins Blaue hineingelogen hatten. Sagen Sie mal, Fischer, wär's nicht richtiger, sich nicht als verantwortungsbewußter Journalist aufzuspielen, sondern ruhig einzugestehen, daß Sie Ihr Verleger rauschmeißt, wenn Sie gegen Warenhäuser und Banken schreiben?

Viele Ihrer Leser sind gespannt, ob Sie jetzt endlich Ihr Wort wahr machen: „Die RMZ. läßt sich nicht beleidigen.“

Das liebe Wohnungsamt.

Ein Kriegsverlehter sucht seit Jahren 'ne Küche und ein Kämmerlein.
„Ham Sie, wo Sie anläßig waren,
'ne rote Karte oder 'n Schein?“ —
Doch da er aus dem Elend kammt
und jetzt daher Ausländer ist,
erhielt er den Bescheid vom Amte:
„Nur noch vier Jahre Wartefrist!“

Da ist noch so ein armer Schlucker,
der schon seit Monden heilungslos.
Das Leben gibt ihm keinen Zucker,
im Gegenteil, nur Saures blöß.
Täglich ist er auf den Beinen,
sucht Wohnung schon seit Jahresfrist. —
Sie sind im Irrtum, wenn Sie meinen,
daß Platz für solche Leute ist.

Da kommt Herr Hidor Schenker
(daß er so heißt, sieht man ihm an),
er ist bestimmt kein Kriegsverlehter,
der schwarzgelochte Ehrenmann!
Beim Handel wie beim Wohnungsuchen
der Partner seine Beute ist. —
Und da soll man nicht kräftig stutzen,
daß Platz für solche Leute ist?

Auch sonst hat mancher, hört man sagen,
Wohnung von heut auf morgen schon.
Und manchen möcht ich leise fragen:
„Wie machen Sie das bloß, Herr Sohn?“
Sie kommen, sehen, hm, hm, sehen,
hab'n Wohnung dann in Wochenfrist. —
Da kann man ja die Plage kriegen,
daß Platz für solche Leute ist!

Doch zahlst Du ein paar Tausend Eier
glatt aus der Hofe auf den Tisch,
ja, lieber Freund, dann springt Herr Müller,
denn sowas hält die Freundschaft frisch.
Dann kriegt als fürstliche Belohnung
Du ohne Schererei und Quark
'ne schöne, kleine Neubauwohnung:
Zwei Zimmer, hundertachtzig Mark!

Wer laßt da? Lynkeus.

Wir machen auf die in dieser Nummer erscheinende Anzeige „Amerikan-Photographie“ aufmerksam. Die Mitglieder erhalten hier bei Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte einen besonderen Rabatt. Das Geschäft empfiehlt sich für persönliche als auch technische Aufnahmen.

Wir verweisen auf die Bekanntmachung des Zahnärzterein Mannheim im Anzeigenteil dieser Ausgabe.

Deutsche kauft nur in deutsch-christlichen Geschäften!

Von der Bergstraße

Vom Weinheimer Rathaus.

Nachdem wir in den letzten Ausgaben uns mit Kommunisten und Sozialdemokraten befaßt hatten, wollen wir heute die sogenannten bürgerlichen Parteien unter die Lupe nehmen, die aus dem Gemeindevwahlkampf mit sehr gestuften Flügeln herauskamen. Nur das Zentrum hat sich gut gehalten und erhielt wieder seinen Stadtrat. Der Bürgerverein, der einst die stärkste Partei auf dem Weinheimer Rathaus war, ist heute nur noch mit einem Stadtrat vertreten. Wir glauben, daß der Rückgang der Bürgervereinstimmen im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß bei dieser Fraktion die zielklare Führung fehlte. Es gab keine Frage, bei der der Bürgerverein nicht auseinanderfiel oder umfiel. Es ist bedauerlich, daß die guten Kräfte, die ohne Zweifel im Bürgerverein stecken, nicht durch eine straffe Führung auch zweckentsprechend eingesetzt werden. Hier macht sich der schwere Verlust, der dem Weinheimer gemeindepolitischen Leben durch den Tod des Fabrikanten Keimkugel erwachsen ist, bemerkbar. Als er noch das Kommando bei der damaligen Arbeitsgemeinschaft führte, zwang sein Wille die Widerstrebenden immer wieder in eine gemeinsame Front. Auch im neuen Bürgerausschuß fehlt den bürgerlichen Parteien ein Mann von nur annähernd gleichen Führerqualitäten.

Wir wollen hier niemand zu nahe treten. Herr Richard Freudenberg ist gewiß ein gerissener politischer

Fuchs, und ohne Zweifel ein Wirtschaftsführer von allerhand Format, aber dabei hat es sein Bewenden. Auch der gerissenste Reiter kann auf der Schindmähre, Deutsche Staatspartei genannt, weder eine gute Figur, noch ein gutes Rennen machen. Während ist die Treue, mit der Herr Freudenberg an seinem alten Parteiladen hängt, erschütternd aber ist es, wie er das Hoheit und unseres Finanzpapas Dietrich singt, dieser Säule, die noch allein von der längst vergangenen Pracht der daischen demokratischen Partei zeugt. Vielleicht beruht die Wertschätzung, die Herr Freudenberg für unseren verehrten Herrn Finanzminister hat, auf Gegenseitigkeit. Man munkelt davon, daß die Ideen, die Herr Dietrich einer staunenden Welt in Stuttgart auseinandersetzte, alte Gedanken und Pläne des Herrn Freudenberg sind. Wir nehmen es dem Herrn Reichsfinanzminister nicht übel, wenn er sich bei guten Freunden einen Rat holt, denn seine Lage ist gewiß keine beneidenswerte. Wir haben auch bei dem Weinheimer Auftreten des Herrn Dietrich nicht das Gefühl gehabt, daß die wirtschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten des Herrn Dietrich weitbewegend sind. Wir erinnern die Bevölkerung nur daran, daß dieser Herr als Heilmittel für die Not eine Produktionssteigerung empfahl. Er sagte aber nicht, wer die erzeugten Produkte abnehmen solle.

Herr Freudenberg hat keine gute Meinung von den Nationalsozialisten. Er sprach einst das starke Wort, daß man mit uns nicht regieren könne. Nachdem Herr Freudenberg diese in der Öffentlichkeit erfolgte Stellung-

nahme bis heute noch nicht in der Öffentlichkeit revidiert hat, erscheint es uns an der Zeit, zu erklären, daß für uns weder Herr Freudenberg noch seine Staatspartei regierungsfähig sind. Wir haben nicht die Absicht, uns mit politischen Leichen zusammenzutun. Wir würden Herrn Freudenberg eine politische Umstellung empfehlen, denn es macht sich schlecht, wenn man sich als Demokrat auf den Boden der in nächster Zeit gegebenen Tatsachen stellt.

Bierstreik in Weinheim beendet.

Ab Mittwoch, den 21. Januar war der Weinheimer Bierstreik auf Beschluß der Gastwirte beendet.

Wie an dieser Stelle vorausgesagt wurde, war die Aktion erfolglos. Wir müssen uns bei dieser Gelegenheit gegen Behauptungen wenden, die in der Öffentlichkeit über die Haltung der Nationalsozialisten ausgestreut werden. Wir stellen fest:

1. Die Biersteuer ist ein Teil der Notverordnung des Herrn Brüning. Die Regierungsparteien und die SPD. haben sich im Reichstag für diese Steuern eingelebt.
2. Die Biersteuer wurde in Weinheim durch den Landeskommisär eingeführt, nachdem der Stadtrat neue Steuern abgelehnt hatte.
3. Die Vertreter der Wirte, die beim Stadtrat vorsprachen, haben keine Vorschläge gemacht, welche neue Steuern oder Steuererhöhungen für die Biersteuer eingeführt werden sollten.
4. Wir Nationalsozialisten erklären jedoch, daß wir jede weitere Erhöhung der Umlage genau so gut abgelehnt hätten, wie wir die Biersteuer im Reich und in der Gemeinde abgelehnt haben. Wir müssen es den Vertretern dieses absterbenden Systems, den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten, überlassen, sich ihre Steuern selbst zu genehmigen. Wir werden ihnen keine Hand dazu bieten, das deutsche Volk weiter auszubeuten.